

Die „Volkswacht“ erscheint täglich abends außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Brauplatz 6/8 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 30 Pf., Postgebühren Nr. 7214.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren betragen für die einseitige Zeile ober breiten Raum 20 Pfennige, für zweifache und vierfache 40 Pfennige, für dreifache 30 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Sonntag, den 25. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Bur Bewegung in der deutschen Confections-Industrie.

Am 1. Februar d. Js. läuft der Termin ab, welcher nach dem Beschlusse der am 18. Januar v. J. in Berlin stattgefundenen Konferenz der Confectionschneider und Näherinnen bestimmt wurde. Neben dieser Forderung wird noch als wesentliche die Einführung fester Lohnsätze verlangt. Der Forderung dieser Maßregeln wurde durch eine planmäßige und kräftige Agitation in ganz Deutschland während des letzten Jahres Nachdruck verliehen. Dadurch, und namentlich auch infolge dessen, hat die Forderung der deutschen Socialdemokratie sich mit der Frage befaßt und es als Pflicht der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenweilensystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und für die Einführung fester Löhne zu unternehmen, ist in den beteiligten Arbeiter- und Arbeiterinnenkreisen eine wesentliche Klarheit über den Werth dieser Forderungen verbreitet worden. Ueberall in Deutschland rüfen man sich zu dem bevorstehenden Kampfe. Daß es zu einem solchen kommen wird, ist kaum zu bezweifeln. Die so hoch gepriesene Cultur des 19. Jahrhunderts äußert sich charakteristisch auch darin, daß selbst die allernothwendigsten Reformen zur Förderung der Gesundheit, zur Aufrechterhaltung der Hygiene, zur Hebung der Sittlichkeit nicht aus reinem Menschlichkeitsgefühl freiwillig erlassen werden, sondern erst von den beteiligten Arbeiterschichten erkämpft werden müssen. So auch hier.

Ein Arbeiterschutzgesetz für die Hausindustrie ist eine der allerdringlichsten Forderungen an die Gesetzgebung, um die elenden Zustände in etwas zu bessern. Selbst aus bürgerlichen Kreisen mehrten sich die Stimmen ernsthafter Socialpolitiker, die eine gründliche Ordnung der verrotteten Zustände in der Hausindustrie fordern. An eine Verwirklichung dieser so selbstverständlichen Forderung ist leider noch nicht zu denken, so lange eine entsetzliche wüthende Reaction das politische Leben beherrscht, so lange die Bekämpfung der Arbeiter, welche für die Besserung der Lage ihrer Klammgenossen eintreten, beliebt wird und so lange man sich vorwiegend mit dem Auslösen von Gesetzen zur Niederhaltung der Arbeiter beschäftigt.

Durch Reichstagsbeschlusse sind die verbündeten Reaktionen jetzt allerdings erloschen, u. A. die Aushebung der Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Hausindustrie durch Erhebungen wirksam vorzubereiten und anzuregen. Viele Unterstaatssekretäre werden aber noch vorher à la Rottenburg zurück, ehe auch nur ein halbwegs brauchbares und wirkungsvolles Gesetz für die Arbeiter der Hausindustrie zu Stande kommt.

Die Unternehmer der blühenden und gewinnreichen Confectionsbranche können vorläufig noch beruhigt sein, ihre Ausbeutungsfreiheit wird durch die Gesetzgebung noch nicht gefährdet und eingeschränkt. Von der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist es unter dem neuen Cursus nicht geworden, und man würde gern davon schwören, wenn es keine Socialdemokraten

gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, einmal ein Blamand'isches Citat zu gebrauchen.

Einuiphtend können die Unternehmer in einem ihrer Interessenorgane weiter verkünden:

„Die deutsche Confections-Industrie beherrscht heute die Welt. Aufgebaut auf dem Princip richtiger Arbeitseinteilung, der rationalen Verwerthung der Hausindustrie, welche die Confection überhaupt nicht geschaffen, nicht beschwert durch todtes Capital, welches in unbrauchbare Maschinen gesteckt zu werden braucht, hat sie sich frei und mächtig entfalten können. Gerade in dieser praktischen Entwicklung liegt die Stärke der Confections-Industrie.“

Kein Wunder, wenn die Unternehmer sich den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bisher durchweg ablehnend verhielten. Durch die Forderung nach Werkstätten hält man die Leistungsfähigkeit der Branche für gefährdet, daher sind die Unternehmer auch die größten Feinde des gesetzlichen Arbeiterschutzes; sie verbreiten jetzt, daß in keiner anderen Branche die Arbeiter und Arbeiterinnen so geordnete und geregelte Verhältnisse haben, wie in der Confectionsindustrie. Vor einem Jahr hieß es in demselben Blatt: „Die Mantelnäherin verdient früher viel; augenblicklich aber giebt es für ein Jaquet nur noch 90 Pf., oft noch weniger, für einen Regenmantel 1.25 Mark“; und an anderer Stelle: Die Frauenarbeit ist von jeher schlecht bezahlt worden, selten waren aber die Löhne so gesunken wie jetzt. In Anbetracht hierauf heißt es dann: „Eine allgemeine Lohnerhöhung könnte nur durchgeführt werden, wenn unsere Geschäftsinhaber wüßten, daß niemand billiger arbeitet, daß ein ei hülischer Minimalarbeitslohn bestehe. Dann würden sie gewiß gern bereit sein, höhere Löhne zu bewilligen, denn alsdann müßte auch der Preis für das fertige Fabrikat steigen, den durchzuführen unter den obwaltenden Umständen nicht gar zu schwer wäre.“

Jetzt rückt der Termin heran, wo die Verwirklichung dieser Forderungen erstrbt werden soll. Es wird sich bald entscheiden, welche Stellung die 87 Confections-Unternehmer dazu einnehmen, die im vorigen Jahre auf eine Anfrage des „Bel. Manufakturisten“ erklärten, daß stabilere Löhne und feste Tarifsätze von Vortheil für die Confectionsbranche sind. Viel Vertrauen ist unter den beteiligten Arbeiterschichten nicht vorhanden.

Der saloncialpolitische Sport, den die bürgerliche Presse mit Vorliebe dann treibt, wenn er möglichst ungefährlich ist, nimmt täglich an bei der festeren Gestalt, welche die Bewegung in der Confectionsindustrie gewinnt. In richtiger Würdigung ihres Berufes fühlen die Soldschreiber des Capitals, Ausnahmen abgerechnet, daß sie demgegenüber die Interessen ihrer Klasse zu vertreten haben.

Gelegentlich des Maßschneiderstreiks im Jahre 1893 forderte die „Post“ in einem längeren Artikel im Interesse des „soliden Handwerks“ ein energisches Vorgehen in der Confection. In dunklen Andeutungen meinte sie: „man wird unwillkürlich versucht, nach anderen Gründen zu suchen, die es der Agitation rathlich erscheinen lassen, vor den Schranken der großen capitalistischen Confection Halt zu machen, ohne

auch nur den Versuch einer Besserung der in ihr obwaltenden kläglichen Arbeiterverhältnisse zu machen.“

Gegenwärtig wendet die „Post“ eine andere Schärfermethode an. Wiederum im Interesse des „soliden Handwerks“ ist sie Gegnerin der Bewegung in der Confection.

Als im Mai 1892 in Chicago von den Schneidern und Schneiderinnen der Kampf gegen das Schwizsystem geführt wurde, erging von angesehenen bürgerlichen Personen ein Aufruf an alle Kleider-Fabrikanten, welche Schneider und Näherinnen beschäftigen. Es wurde darin verlangt, Vorschläge über die Verbesserung der Lage der Schneider und Schneiderinnen zu machen, wie die hilflosen, ja empfindenden Zustände, bekannt unter dem Namen des „Schwizsystems“, zu beseitigen seien und wie die Ausführung der Arbeit zum Schutz der Arbeiter erzwungen werden könne. Einige der ersten Kleidergeschäfte von Boston hatten sich der Bewegung zur Abschaffung des Schwizsystems in jenem Staat angeschlossen. Eine ähnliche Stellungnahme ist in Deutschland, wo sich das Schwizsystem ebenfalls zu einem Gemeinshaben entwickelt hat, kaum zu erwarten.

Unter schweren Verhältnissen werden die Beteiligten den Kampf auszuhalten. In stark besuchten Versammlungen ist am 20. Januar überall beschlossen worden, die bekannten Forderungen den Unternehmern zuzustellen. Es ist den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen bitter erst, damit bessere Verhältnisse zu erringen und soviel steht fest, die Bewegung gegen die elenden Zustände in der Confection wird nicht von der Bildfläche verschwinden, ehe die Mißstände beseitigt sind. Hausindustrie und Schwizsystem mit ihren beoauerlichen wirtschaftlichen Erscheinungen bewirken in hohem Maße eine immer mehr an sich greifende Degeneration der Arbeiterklasse, hemmen sie in ihrem Freiheitskampfe. Deswegen hat auch gerade diese Bewegung eine weit über den engen Rahmen hinausragende Bedeutung; daher hat der Parteitag in Br. slau es für die Pflicht der Arbeiterklasse erklärt, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Verichtigung.

Der Satz in Spalte 3 des Leitartikels „Capital“ in unserer Nr. 19 vom 23. d. M., lautend:

Alle Mehrwerthe — d. h. Profit, Zins oder dergl. — gleichem wirkenden Werthe — sind Capital schaffenden Werthe,

sollte, richtig gestellt, lauten: Alle, Mehrwerth — d. h. Profit, Zins oder dergl. — wirkenden Werthe sind Capital.

Politische Rundschau.

Berlin, den 24. Januar.

Aus dem Reichstage. Ehe das Haus heute in die Statderothung eintrat, nahm Präsident von Bülow wegen des Vorfalles am Schluß der Donnerstagsitzung das Wort, und rief Herrn von Kardorff nachträglich direct zur Ordnung. Er hatte sich aus

Herzens erwartete, sah sie immer nur den wohl gepflegten Schnurrbart des jungen Mannes.

Seit einem Jahre kämpfte sie so Tag um Tag, Abend um Abend, gegen die wachsende Eröberung ihrer Seele gegen dies Bild, das ihre Träume eroberte und ihre Nächte teurerblichte. Sie schloß sich wie ein Thier im Nege gefangen und dem Mann in die Arme geworfen, der sie nur durch seinen Schnurrbart und die Farbe seiner Augen besetzt und erobert hatte.

Und jetzt, wo sie in der Kirche und ganz in der Nähe Gottes war, fühlte sie sich noch schwächer, verlassen, verloren als zu Hause. Sie konnte nicht mehr beten, nur an ihn denken konnte sie. Sie lag schon darunter, daß er sich entziehen hatte. Doch sie wehrte sich verzweifelt, kämpfte tief mit aller Kraft ihrer Seele um Hilfe. Lieber wollte sie sterben, als so fallen, sie, die nie getrauert war. Verlorene Gebetsworte flüsterte sie, aber sie hörte nur Georges Schritte sich entfernen.

Sie begriff, daß es zu Ende, daß jeder weitere Kampf nutzlos war. Und doch wollte sie nicht nachgeben. Eine jener nervösen Krisen packte sie, welche die Frauen zittern schreiten und sich auf dem Boden niederläßt. Sie zitterte an allen Gliedern und fühlte, daß sie aufstehen, hinschlagen und sich unter die Stühle wälzen müsse.

Da hörte sie einen raschen Schritt näher kommen. Sie hob den Kopf. Es war ein Priester. Da stand sie auf, tief zu ihm und stammelte mit gefalteten Händen: „O, retten sie mich! retten sie mich!“

„Überlassen Sie sich nicht.“ „Was wünschen Sie?“

„Sie müssen mich retten, haben Sie Erbarmen. Wenn Sie nur nicht hängen, bin ich verloren.“

Er sah sie an und war ungerührt, ob er nicht eine Verurtheilte vor sich habe. „Was kann ich für Sie thun?“

Ein junger, großer, etwas bleicher Mann mit vollen

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

46

Nachdruck verboten.

„Hören Sie . . . hören Sie . . .“ fuhr Frau Walter in höchster Erregung fort, „ich habe nie geliebt vorher . . . Sie sind . . . ich schwöre es Ihnen . . . meine erste Liebe . . . Und ich liebe Sie . . . seit einem Jahr . . . im Geheimen meines Hymens. O, was habe ich gelitten, was habe ich gekämpft, aber ich kann nicht mehr, ich liebe Sie . . .“

Sie weinte durch ihre über das Gesicht gekletterten Finger hindurch und ihr ganzer Körper bebte, von der Gewalt ihrer Leidenschaft geschüttelt.

„Geben Sie mir Ihre Hand,“ flüsterte Georges, „daß ich Sie berühren, Sie drücken . . .“

Langsam nahm sie die Hand vom Gesicht her ab. Er sah, daß ihre Wange ganz feucht war, und ein Thränen tropfen an ihrer Wimper hing, der eben herabfallen wollte. Er ergriß die Hand und drückte sie: „O, wie gern wollte ich diese Thränen trinken.“

Mit leiser, gebrochener Stimme, die einem Seufzen glich, sagte sie: „Treiben Sie keinen Mißbrauch mit mir . . . ich bin verloren!“

Er hatte Lust, zu lächeln. Wie sollte er denn an diesem Orte Mißbrauch mit ihr treiben? Er drückte ihre Hand an sein Herz und fragte: „Fühlen Sie es kloppen?“ Mit seinem Vortritt von leidenschaftlichen Pfaffen war er nämlich zu Ende.

Seit einigen Augenblicken kam der regelmäßige Schritt des herumwandolenden Herrn näher und näher. Es war um alle Altare herumgegangen und ging nun wenigstens zum zweiten Male wieder das rechte Seitenstück an.

Als Jean Walter ihn in der Nähe des Pfeilers hörte, der sie verding, erging sie Georges ihre Finger, die er umspannt hielt und drückte wieder ihr Gesicht mit der Hand.

So blieben Beide unbeweglich auf den Knien liegen, als wenn sie glühende Gebete zusammen den Himmel schickten. Der dicke Herr ging aus in ihrer Nähe vorbei, warf einen gleichgültigen Blick auf sie und entfernte sich dann in den hinteren Grund der Kirche hinein; den Hut hielt er noch immer auf dem Rücken.

„Wer Du Hoy dachte ein anderes Stellesein als in der Dreißigertkirche zu erhalten und flüsterte: „Wo sehe ich Sie morgen?“

Sie erwiderte nichts. Sie schien leblos, in Stein verwandelt zu sein.

„Kann ich Sie morgen besuchen im Park Monceau treffen?“ fuhr er fort.

Da wendete sie ihm ihr unbedecktes Gesicht zu, das bleich und von willem Schmerz zerrissen war und sagte mit gebrochener Stimme:

„Lassen Sie mich . . . lassen Sie mich jetzt . . . gehen Sie . . . gehen Sie . . . nur fünf Minuten . . . ich leide zu sehr in Ihrer Nähe . . . ich will beten . . . ich kann nicht . . . gehen Sie . . . gehen Sie . . . lassen Sie mich beten . . . allein beten . . . nur fünf Minuten . . . ich kann sonst nicht . . . lassen Sie mich zu Gott stehen . . . daß er mir verzehe . . . mich rette . . . lassen Sie mich . . . fünf Minuten . . .“

Ihr Gesicht sah so verstört, so schwerdurchwühlt aus, daß er sich wortlos erhob. Dann fragte er zögernd: „Soll ich es dann wieder kommen?“

Sie machte eine Kopfbewegung, als wollte sie sagen: „Ja, dann.“ Und er schloß die Richtung nach dem Thore an.

Während er die Augen, um den nicht mehr zu sehen, der eben davon ging. Sie suchte ihn aus ihren Gedanken zu verjagen, sie wehrte sich gegen ihn, aber hat der himmlischen Erscheinung, die sie in der Kämmerin ihres

dem Senographischen Bericht davon überzeugt, daß der Putsch der Doppelwährung den infamen Lügner Herrn Dr. Barth geradezu ins Gesicht geschleudert hatte. Derjenige, dem die Rüge galt, trat erst nach dem Ordnungsrufe in den Saal. Sofort nach seinem Erscheinen meldete er sich zum Wort, nicht aber, um sich wegen seines gestrigen Ausfalls zu entschuldigen, sondern nur, um als Vorsitzender der Budgetkommission die gleichgiltige Mitteilung zu machen, daß für den Tagesordnung stehenden Teil des Etats nicht Herr von Podbielski sondern Herr von Leipziger das Referat übernehmen habe. Zur Berathung stand der Etat des Reichsamtes des Innern, dessen erster Titel „Staatssecretär“ nach vierstündiger Debatte bewilligt wurde. Die Diskussion wurde wie in den Vorjahren zum größten Theil mit einer Besprechung des Fabrikinspectors ausgefüllt. Von unserer Fraktion sprachen die Senatoren Bismarck und Reichhaus zu dem Gegenstande. Die Rede Bismarcks war sehr wirkungsvoll und zeichnete sich durch eingehende Sachkenntnis aus. Reichhaus berichtete im Besonderen über den Gewerkerath von Sachsen-Meinungen, dessen auf unserem Frankfurter Parteitage bereits gedacht wurde. Staatssecretär v. Bötticher waren die von Bismarck vorgebrachten Thatsachen sehr unbedeutend; er vermochte sie durch seine Erwiderung natürlich nicht aus der Welt zu schaffen. Vorher hatte der freiconservative Abgeordnete Camp die Reichsversicherungsamt in Aussicht genommenen Vorschriften für die Unfallversicherung in landwirthschaftlichen Betrieben in jener bekannten Art bekämpft, die deutlich erkennen läßt, wie die Großgrundbesitzer, das „Bischen Socialreform“ als eine Last empfinden, und wie sie sich dieser Last mit allen möglichen Mitteln zu entziehen suchen.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag einige Revisionssachen und übernahm sodann die Rothhandesvorlage für Brattorode an eine Commission von 14 Mitgliedern. Für die Vorlage, die vom Justizminister Schönstedt und vom Finanzminister Dr. Miquel vertreten wurde, sprachen sich weder aller Parteien aus. Ein Versuch des freiconservativen Abg. Arndt, für die Grundbesitzer etwas herauszuholen und eine Heranziehung derselben zu den empfindlichen Kosten zu verhindern, scheiterte an dem Widerstand des Justizministers. Am Dienstag steht der Etat des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung.

Da die heutigetägigen Agrarier ihren geliebten Kaiser nicht nur zum Ausruhm und Ruhm nehmen, sondern sie vorläufig wieder mit „Amen und Amen“ verließ, ohne den Anspruch auf die „großen Mittel“ anzugehen. Das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“, fordert wieder mit all der ihr eigenen frechen Unerschrockenheit, die schon im vorigen Jahre in Landtage verlangte Aushebung der Grundbesitzer-Einkommensteuer an die armen Großgrundbesitzer. Sie fordert eine dahingehende Anfrage an die Regierung in beiden Häusern des Landtages an. Wir haben die Unerschrockenheit dieser Forderung schon in 3 genugsam vorläufig. Jahr sind für die „armen arbeitenden Landwirthe“, das aus ihnen ihr ächter Feind nummern zu gehen.

Ein sehr „patriotisches“ Blatt, der „Mächter „General-Anzeiger“ schreibt über die Reichs-Zubehälter in München:

Die öffentlichen Werke und Persönlichkeiten haben sich ja schon längst begnügt und schon haben gehalten, das große Münchner Publikum aber hand der Zeit mit einer bemerkenswerthen Gleichgiltigkeit gegenüber. Und das ist sehr bedauerlich. Die ganze Stimmung in der Stadt war, die oberen und mittleren Stände nicht ausgenommen, ungeschicklich eine nicht weniger als begnügt. Man ging wie gewöhnlich seinen Tagesgeschäften nach und kümmerte sich um keinen der großen öffentlichen Werke und Persönlichkeiten. Man hat sich nicht um die Bedeutung des Tages zu kümmern, über die Bedeutung eines so wichtigen Ereignisses zu denken, das es so zahlreichen Zuschauern kam, und sich der Mühe, die einen so großen Teil der Bevölkerung nicht zu bewegen konnten. Die hier nicht lange durften den Herrn in München zu denken geben. Der Tag des Herrn des heiligen Reiches ging unmerklich und dem Publikum, nur das bis jetzt nicht geäußert hat, wurde es durch den 15. Januar überzeugen. Wenn in den verschiedenen Städten und Dörfern von einem Festen der Reichsfeier gesprochen wurde,

so war dies eine arge Selbsttäuschung. Die „Mainlinie“ bezieht auch jetzt noch, das hat uns die Jubelfeier des Deutschen Reiches in Bayern gelehrt.

In Norddeutschland ist die Stimmung in den Kreisen des Volkes zur „Jubelfeier des Reiches“ nicht „begeistert“ gewesen, wie im Süden Deutschlands. Wer wird sich darüber wundern können? Der eifrige Hauch der politischen und sozialen Reaction, der durch ganz Deutschland weht, ertötet auch in Kreisen, die fernab stehen von der Socialdemokratie, jede Spur der Begeisterung für das neue deutsche Reich!

An dem Präsidenten des Reichstags rügelten die Nationalliberalen herum, weil er in keiner Sitzung des Reichs-Zubehalters gedacht hat. Diese charakterlosen Kurven verlangen wohl, daß die Katholiken den Reichs-Culturkampf leibselbst sollen? Wenn die Katholiken ein so biegsames Rückgrat hätten, wie die nationalliberalen Mannesleuten, und dieselbe Fähigkeit, die Gesinnung zu wechseln, dann allerdings würden sie es ja wohl thun. Vielleicht hätte Herr Buol am 17. oder 20. d. M. noch ein paar löbliche Worte gesagt, aber da Leute im Reichstage sind, die vermuthlich präsent hätten, so war er so klug, es zu unterlassen. Ueberhaupt haben die Nationalliberalen jetzt fortwährend etwas an dem Präsidenten zu tadeln. Er soll Mithras begehren und das ist richtig. Allein er begehrt nicht mehr als sein Vorgänger, mit dem er aber auch die gute Eigenschaft gemein hat, sich nicht als unsehbar hinzustellen und einen Triumph, wenn erkannt, sofort zu verbessern. Jener hat es das Bestreben, unparteiisch zu sein. Die Herren Nationalliberalen haben heiläufig am wenigsten Ursache, sich als Richter anzusetzen. Denn die beiden nationalliberalen Präsidenten: Simson und Nordenskiöld, waren die schärfsten und parteiischen Präsidenten, die der Reichstag gehabt hat.

Gegen die Besteuerung und Vertheuerung von Margarine sind beim Reichstage nicht weniger als 2388 Petitionen aus den verschiedenen Theilen Deutschlands mit mehr als 100 000 Unterschriften eingegangen. Dieser Petitionen stehen gegenüber 33 Petitionen landwirthschaftlicher Vereine.

Die Reorganisation des preussischen Fabrikinspectors ist bekanntlich immer noch nicht zum Abschluß gebracht. Ein volles Viertel der den Gewerbetreibenden beigegebenen Gewerkeinspectoren ist noch nicht etatsmäßig angekauft. Jetzt soll wieder ein Theil dieser Stellen in etatsmäßige verwandelt werden, doch wird nach den „Berl. Post.“ noch geraume Zeit vergehen, bis die Reorganisation beendet ist. In dieser Hinsicht voran, heißt es bei der preussischen „Socialreform“.

Wie der Bund der Landwirthe sich verhalten, vertritt uns eine Mittheilung des „General-Anzeigers für Deutschland“. Danach dürfte auf einer in Halberstadt abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirthe der Vorsitzende des sächsischen Provinzialverbandes, Ratzguthschütz und Amtsrathgeber Schürmer-Rathhaus:

Jeder soll Mitglied des Bundes werden, Bauer, Knicht und Schneider; und um das zu ermöglichen, müsse man in den einzelnen Provinzen Versammlungen einberufen, einfach die Statuten zu lesen, und dann solle jeder den Beweis erbringen, daß er nicht mit uninteressirter, sondern mit dem Interesse der Sache zu thun habe. Er solle sich nicht als „Landwirthe“ vorstellen, sondern als „Bauer“, „Knicht“ oder „Schneider“. Und er solle sich nicht als „Landwirthe“ vorstellen, sondern als „Bauer“, „Knicht“ oder „Schneider“.

Das ist eine ganz vorzügliche Methode, den werthigen Bund zu erhalten. Der Herr Ratzguthschütz hat sich für die Kategorie der „Landwirthe“ nicht zu entscheiden. Er wird sich wohl unter den Mitgliedern der Reichsversammlung einbringen lassen, da die Landwirthe der Provinz, wenn sie der Reichsversammlung mit dem „Bund der Landwirthe“ verbunden sind, die 200 000

heimen Renommirbauern zu einer Dankadresse an Herrn v. Bülow bewegen worden. In Algerien wurde nämlich diese Adresse vom Vorsitzenden decretirt. Es wird jetzt fortwährend darüber noch hin und herbementirt, ob Herr von Hammerstein-Logien wegen seines Ausfalls gegen die Auzavier vom Kaiser beglückwünscht oder gerügt worden sei. Der „Hamburger Correspondent“ berichtet jetzt die Geschichte von dem Kaiser sei völlig grundlos.

Die Marinefanatiker, die eine Steigerung des Marineetat's fordern, finden einen Eideshelfer in dem Organ des Doppelwährungsritters Arndt, im „Deutschen Wochenblatt“. Wieder fragt er das Lieb von der „starken Regierung mit der starken Reichstagsmehrheit“ und empfiehlt die „Schaffung einer großen deutschen Flotte“, um „Deutschlands Weltmachtstellung“ zu fördern. So begehren die Flottenpatrioten die Glückwunschorpische Wilhelm II. an Dom Paul, den Präsidenten von Transvaal und den letzten Kaiseranspruch des Kaisers, der vor dem größeren Deutschland jenseits des Meeres gesprochen hat. Aber die Welt ist vertheilt, und die Colonialabenteuer unter dem Zeichen Leif, Beulan, Peters sind eine verhängnisvolle Mahnung. Mehr Schiffe, mehr Kosten, neue Steuern! Was verlangt das „Deutsche Wochenblatt“?

Die üblichen Bemittlungen einiger Schiffsbauten reichen nicht aus, nach englischen Vorbildern muß ein energischer Schritt unternommen werden. Es bedarf dazu neuer Steuern, keiner Mehrbelastung des Volkes, die Mittel müssen durch eine neue Anleihe von mindestens 300 Millionen Mark ausgebracht werden, deren Verzinsung nebst der Mehrausgaben für die Marine durch eine Conversion der 4procentigen Reichs- und Staatspapiere, eine ohnehin durchaus nothwendige Maßregel, so unterließe sie den Interessenten sein mag, leicht auszubringen ist. Daß das gegenwärtige Ministerium im gegenwärtigen Reichstage solche Forderungen durchführt, ist allerdings ausgeschlossen und ebenso ausgeschlossen ist es, daß die Auflösung des Reichstages etwas zu bessern vermöchte. Erst eine starke, einheitliche Regierung, dann eine starke, einheitliche nationale Bewegung unter völliger Ausschöpfung der durch den Antrag Kantig entwickelten, thätiglich aufeinander angelegenen Elemente — und dann eine entschiedene deutsche Weltmachtspolitik mit all ihren Folgerungen nach innen und außen, keine halben Maßregeln, sondern Soldatendampf voran. Wenn Kaiser Wilhelm II., unter geborener Führung, und diese Wege weilt, dann wird eine immer mehr erwartende nationale Bewegung ihn in deutscher Treue zur Seite stehen und mit ihm den Schmutz auf die nationale Fahne leiten.

So jubelt die sonstige Person der Währungspolitik, und was er sagt, ist nur das offene Bekenntnis, was einflussreiche „Wassertrunde“ und Marinefachleute heimlich wünschen. Die Auflösung, was ist jetzt die Disfiction ab und an trüben gehen, ist freilich ein Experiment, das der Regierung vielleicht thuer zu stehen käme. Eine Marinevorlage aber „im großen Stille“ brächte den Conflict. Wird dann auf gelöst werden, was dann?

Zur Zuckerversteuerung hat bekanntlich eine Conferenz von Interessenten jüngst in Berlin getagt. Die Herren sind nicht blöde. Sie verlangen in der Vorlage die Erhöhung des Contingents von 14 auf 17 Millionen Doppelcentner und damit noch eine weitere Erhöhung der Ausfuhrprämien um 12 Millionen Mark über die Regierungsvorlage hinaus. Die Liebesgabe soll also von 50 auf 62 Millionen Mark erhöht werden. — Auch wenn dann noch über das Contingent hinaus producirt wird, sollen die Zuckerfabriken das Mehr an Ausfuhrprämien dafür nur soweit zahlen, als die Deckung der Ausfuhrprämien bei den Fabriken 4 Mark für den Doppelcentner des Supercontingents nicht übersteigt. Die Betriebssteuer soll wegfallen. Die Erhebung neuer Fabriken soll dadurch noch schärfer eingeschränkt werden, daß dieselben im ersten und zweiten Jahr nur ein Drittel, im dritten Jahr zwei Drittel und erst im vierten Jahr das volle Contingent erhalten.

Ob die Nachwirkungen der Bankett im Berliner Schlosse zur Jubelfeier für das

„Gott, ich erwarte auch eine Frau.“ Der Journalist grüßt und ging, ein Lächeln auf den Lippen, weiter. Als er sich dem Portal näherte, lag er das arme Weib noch immer auf den Knien liegen und beten. „Donnerwetter, hat die einen nanocastren Glauben!“ dachte er. Er war nicht mehr gelehrt und bemittelte sie nicht mehr. Er ging vorüber und begann langsam das rechte Kirchenstück wieder hinauszuführen, um Frau Walter zu treffen. Er blickte von fern nach dem Platz, wo er sie verlassen hatte und zu berie sich, daß er sie nicht mehr sah. Sollte er sich in dem Pfeiler getäuscht? Er ging bis zum letzten und machte dann wieder kehrt. Sie war also fortgegangen. Uebertracht und zornig blieb er stehen. Dann bildete er sich ein, sie zu sehen und ging noch einmal um das ganze Kirchenstück herum. Er fand sie nicht und setzte sich in der Hoffung, daß sie ihn aufsuchen würde, in den Stuhl, in dem sie so oft gesessen hatte. Er wartete. Bald wurde ein leises Stimmengemurmel seine Aufmerksamkeit. Er hatte doch keinen Menschen in diesem Winkel der Kirche gesehen. Woher kam nur dieses Gemurmel? Er erhob sich, sah sich um und entdeckte in der nächsten Kapelle die Hochschuligkeit. Der Gipfel eines Leibes sah hervor und lag auf den Knien. Er trat näher, um die Frau zu betrachten. Er erkannte sie. Sie betete! Er fragte das heilige Verlangen, sie an der Schulter zu packen und aus dem Kissen herauszuziehen. Dann rief er aber: „Ach was! heut ist der Pfaffe dran, morgen komm ich an die Reihe!“ Und er setzte sich ruhig der Hochschuligkeit gegenüber, wartete auf seine Stunde und machte sich jetzt über das Abenteuer fertig.

„Nein, ich erwarte auch eine Frau.“ Der Journalist grüßt und ging, ein Lächeln auf den Lippen, weiter. Als er sich dem Portal näherte, lag er das arme Weib noch immer auf den Knien liegen und beten. „Donnerwetter, hat die einen nanocastren Glauben!“ dachte er. Er war nicht mehr gelehrt und bemittelte sie nicht mehr. Er ging vorüber und begann langsam das rechte Kirchenstück wieder hinauszuführen, um Frau Walter zu treffen. Er blickte von fern nach dem Platz, wo er sie verlassen hatte und zu berie sich, daß er sie nicht mehr sah. Sollte er sich in dem Pfeiler getäuscht? Er ging bis zum letzten und machte dann wieder kehrt. Sie war also fortgegangen. Uebertracht und zornig blieb er stehen. Dann bildete er sich ein, sie zu sehen und ging noch einmal um das ganze Kirchenstück herum. Er fand sie nicht und setzte sich in der Hoffung, daß sie ihn aufsuchen würde, in den Stuhl, in dem sie so oft gesessen hatte. Er wartete. Bald wurde ein leises Stimmengemurmel seine Aufmerksamkeit. Er hatte doch keinen Menschen in diesem Winkel der Kirche gesehen. Woher kam nur dieses Gemurmel? Er erhob sich, sah sich um und entdeckte in der nächsten Kapelle die Hochschuligkeit. Der Gipfel eines Leibes sah hervor und lag auf den Knien. Er trat näher, um die Frau zu betrachten. Er erkannte sie. Sie betete! Er fragte das heilige Verlangen, sie an der Schulter zu packen und aus dem Kissen herauszuziehen. Dann rief er aber: „Ach was! heut ist der Pfaffe dran, morgen komm ich an die Reihe!“ Und er setzte sich ruhig der Hochschuligkeit gegenüber, wartete auf seine Stunde und machte sich jetzt über das Abenteuer fertig.

„Nein, ich erwarte auch eine Frau.“ Der Journalist grüßt und ging, ein Lächeln auf den Lippen, weiter. Als er sich dem Portal näherte, lag er das arme Weib noch immer auf den Knien liegen und beten. „Donnerwetter, hat die einen nanocastren Glauben!“ dachte er. Er war nicht mehr gelehrt und bemittelte sie nicht mehr. Er ging vorüber und begann langsam das rechte Kirchenstück wieder hinauszuführen, um Frau Walter zu treffen. Er blickte von fern nach dem Platz, wo er sie verlassen hatte und zu berie sich, daß er sie nicht mehr sah. Sollte er sich in dem Pfeiler getäuscht? Er ging bis zum letzten und machte dann wieder kehrt. Sie war also fortgegangen. Uebertracht und zornig blieb er stehen. Dann bildete er sich ein, sie zu sehen und ging noch einmal um das ganze Kirchenstück herum. Er fand sie nicht und setzte sich in der Hoffung, daß sie ihn aufsuchen würde, in den Stuhl, in dem sie so oft gesessen hatte. Er wartete. Bald wurde ein leises Stimmengemurmel seine Aufmerksamkeit. Er hatte doch keinen Menschen in diesem Winkel der Kirche gesehen. Woher kam nur dieses Gemurmel? Er erhob sich, sah sich um und entdeckte in der nächsten Kapelle die Hochschuligkeit. Der Gipfel eines Leibes sah hervor und lag auf den Knien. Er trat näher, um die Frau zu betrachten. Er erkannte sie. Sie betete! Er fragte das heilige Verlangen, sie an der Schulter zu packen und aus dem Kissen herauszuziehen. Dann rief er aber: „Ach was! heut ist der Pfaffe dran, morgen komm ich an die Reihe!“ Und er setzte sich ruhig der Hochschuligkeit gegenüber, wartete auf seine Stunde und machte sich jetzt über das Abenteuer fertig.

Wohlbefinden einer größeren Zahl von Personen — es werden in dieser Beziehung etwa 30 Abgeordnete und auch Personen aus Hofreisen genannt — gehabt. Sie erstreckten in der folgenden Nacht unter Vergiftungserscheinungen. Man führt allgemein die Erkrankung zurück auf den Genuß verdorbener oder nicht richtig behandelte Austern, die sich in einem Frisco-Becken befunden haben sollen. Bei den Gästen aus mehreren Sälen, insbesondere aus dem Weißen Saale, traten solche Erscheinungen ein. Was unpatriotisches Austerfrisco! —

Der Verein Berliner Presse hat auf Antrag des Herrn Bokstah eine Commission gewählt mit dem Auftrag, zur Veranlassung der Justiznovelle sofort eine Petition an den Reichstag zu richten wegen Beseitigung der sog. fliegenden Gerichtsstände der Presse. Es soll gefordert werden, daß die Verfolgung von Verbrechen nur am Erscheinungsort der Zeitung anhängig gemacht werden kann. —

Ueber die preussische Ergänzungsbemerkung Steuer und die Einkommensteuer in der Veranlassung für 1895/96 ist dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Nachweisung zugegangen. Die Ergänzungsteuer ist für dieses Jahr zum ersten Male veranlagt. Das Soll der Ergänzungsteuer beträgt nach 31.045.836 Mark. Davon haben die Städte 19.208.574 Mk. aufzubringen, darunter die sechzig Stadtkreise 13.872.433 Mk., unter diesen wiederum Berlin 4.077.939 Mk. Das Soll der Einkommensteuer beträgt 122.453.466 Mk. gegen 122.623.785 Mk. im Vorjahr.

Von den physischen Personen sind davon 116.516.284 Mark aufzubringen, davon 86.449.154 in den Städten und 30.067.130 Mk. auf dem Lande. Von den 86.449.154 Mark in den Städten bringen die sechzig Stadtkreise für sich allein 60.059.956 Mk. und unter diesen Berlin 22.088.695 Mark auf. Die 60 Stadtkreise bringen also für sich allein gegenwärtig 73 1/2 Millionen Mark directen Staatssteuern, nahezu die Hälfte der gesamten directen Staatssteuern (154 1/2 Millionen Mark) auf. Berlin zahlt 26 Millionen Mark, ein Sechstel der directen Staatssteuern. Veranlagt sind zur Ergänzungsteuer (mehr als 6000 Mark Vermögen) 1.152.332 Eriten, deren Familien 4.347.870 Köpfe haben. Ein Vermögen über 100.000 Mk. haben 99.183 Eriten, ein Vermögen über 500.000 Mk. 13.631. Markmilionäre giebt es in Preußen 5236, darunter über 2 Millionen Mark 1827.

Für den Beschäftigungsnachweis bezugnehmend will die sächsische Regierung nach einer im Landtag jetzt abgegebenen Erklärung Stimmern unter der Einschränkung, daß die Anwendung eines dazwischen liegenden den Einzelstaaten überlassen werde. Wenn die Reichsbildung den Beschäftigungsnachweis in diesem Sinne zulasse, so werde die sächsische Regierung von der erteilten Bewilligung doch nicht ohne Weiteres und allgemein Gebrauch machen, sondern erwägen, ob und in welcher Ausdehnung sie anzuwenden sei.

Schweiz.

Nach dem soeben erschienenen Jahrbuch des schweizerischen Unterrichtswezens werden in circa 1100 von etwa 3900 Schulgemeinden ungefähr 35.000 Schülern unterrichtet. Obenan steht der Canton Bern, in welchem 1893/94 in 478 Schulgemeinden 13.195 (1883/84: 7941) Kinder mit einem Kostenanschlag von 72.029 Francs (1893/94: 13.951 Francs) unterrichtet wurden. In dem genannten Jahrbuch wird die Zahl der dazwischen Schüler auf rund 50.000 gleich 10 Procent der gesamten Schuljugend) geschätzt und dafür eine erforderliche Unterrichtsorganisation von einer Million Francs per Jahr berechnet. Die Erfahrungen, welche bisher mit dieser Einrichtung gemacht wurden, sind nach den Ergebnissen des eidgenössischen naturwissenschaftlichen Worts. Der Zweck, den man damit erreichen will, nämlich einen regelmäßigen Schulbesuch herbeizuführen, die Kinder, indem man sie vor Hunger spast, häufig zu machen, dem Unterricht zu folgen, die Belehrung aufzunehmen und ihren Schulbesuch zu beenden, ist erreicht worden. Im Jahrbuch wird in Hinblick darauf der Wunsch ausgesprochen, daß das „Pensumjahr“ 1896 für unsere bedürftigen Schulkinder für alle Zeiten ein Jahr des Segens sein möge.

Der Große Stadtrat in Zürich hat die Bohnungsenquete beschlossen, welche im nächsten Herbst vorgenommen werden soll. Als Credit hierfür wurden 10.000 Fr. bewilligt. Die Capitalisten und Hausbesitzer, welche die Sache mit allerlei Manövern zu hintertreiben, hatten aber damit kein Glück.

Die schweizerischen Naturalverpflegungslationen haben im Jahre 1894 220.000 cras durchzuführen mit einem Kostenaufwande von 172.556 Francs unterstützt.

Der Bundesrath hat beschlossen, alle Verhandlungen Europas zu einer Conferenz zum Zweck der Regelung der besondern Verhältnisse der Statistik der europäischen Eisenbahnen und das Centralamt für nationalen Bahntransport einzurufen. Die Conferenz soll im Frühjahr d. J. in Bern abgehalten werden.

Italien.

Der Minister für Ackerbau, Handel und Industrie beantragt, eine Sezione del lavoro (Arbeitskommission) zu bilden. Er scheint mehr zur Vernehmung der schon in zahlreichen Pfänden besorgt zu sein, denn die Ausführung der bestehenden Gesetzgebung wird nicht paßt, werden nach wie vor in der Buchstabe bleiben. Die obligatorische Schulbesuch, gewerbliche Schiedsgerichte, Kinderarbeit sind schon lange codificirt erfolglos. Den Vorlesungen der Arbeiter gegenüber wird die „Arbeitsabteilung“ nur den

Schein erwecken wollen, als ob mit Ernst an die Lösung der sozialen Frage getreten werde. In Wirklichkeit versteht die Regierung nur zu plündern. Aus dem Willkür'schen, mehr Geld herauszuschlagen, deshalb „officieren die Emissionen“ (die Nationalbank bis zu 200 Millionen), wie in den Zeitungen zu lesen ist.

Die „Galli militare“, ein militärisches Fachblatt, meldet, daß ein aus Marseille mit Waffen für den mit Italien im Krieg liegenden Abessinien König Menelik abgegangenes Schiff von italienischen Kreuzern verfolgt und beschlagnahmt worden ist.

Nachbarliche „Freundschaftsdienste“ scheinen die Franzosen den Italienern in Afrika erwiesen zu haben. Das Mailänder Blatt „Corriere della Sera“ veröffentlicht eine Depesche seines Berichterstatters aus Aden, wonach bei dem Angriff auf Makalle am 11. d. M. die Italienern 62 Gewehre gefallener Feinde in die Hände fielen und nachgewiesen wurde, daß die von den Mannschaften des Matkonens gebrauchten Feuerwaffen französisch-kleinкалиброве Belegwehre waren.

Frankreich.

Ueber die neue Einkommensteuer, wie das Ministerium Bourgeois sie plant, erzählt der „Temps“, daß die Einkünfte unter 2500 Fr. frei, diejenigen von 2500 bis 50.000 Fr. einer Progressivsteuer von 1—5 pSt. und diejenigen über 50.000 Fr. einer solchen von 5 pSt. unterworfen sein werden. Die neue Steuer tritt an Stelle der veralteten Mobilien- und der Thür- und Fenstersteuer. Die sog. Patent- und die Grundsteuer bleiben bestehen.

Unser Genosse Baillant begründete in der Deputiertenkammer eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit. „Es ist unumgänglich“, sagte Redner, „daß sich die Kammer mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge beschäftigt und nach Mitteln zur Abhilfe sucht. Die Arbeitslosigkeit rührt erst seit Errichtung des capitalistischen Regimes (Ausruhm). Die Einführung der Maschine in die Werkstätten in einer der hauptsächlichsten Factoren des Uebels. Die Gewaltthat der Arbeitgeber hat die Arme der Arbeitlosen erzeugt. Die Arbeitslosigkeit wird erst mit dem capitalistischen Regime verschwinden, doch kann man schon jetzt auf Verminderung ihrer Folgen sinnen. Zunächst muß eine Statistik die genaue Zahl der Arbeitlosen und die Umstände, unter welchen sie arbeitslos wurden, feststellen, wie eine solche in England besteht, wo die Obrigkeit sich sorgfamer mit dieser wichtigen Frage beschäftigt, als in Frankreich. Der höhere Arbeiterrath strebt, wie es scheint, eine derartige Untersuchung auch nicht umfassend genug. Er muß permanent sein und auf alle Arbeitercategoryen angewendet werden, als dies im Canton S. Gallen in der Schweiz der Fall ist. Die Verhinderung der Unterstützung durch die Arbeiter selbst können nicht genügen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit hinlänglich abzuwehren. (Vorteil Unterhaltung einiger Parlamentarier unter ihm der Redner). Hr. Fabérot (S. Clair): „Wenn man von Thakern redet, würden sie aufmerksam zu sein.“ Baillant führt aus, daß das einzige Mittel, der Arbeitslosigkeit zu steuern, darin besteht, den Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Man hofft, daß die Arbeitscommission ihre dazwischenliegende Mission beschleunigt, und verlangt von der Regierung die weitestgehende und vollkommenste Freiheit für die Arbeitersyndicate (Gewerkschaften), sowie die Errichtung von Arbeitsbüros in allen größeren Fabriksstädten, dergleichen die Gründung einer Hilfs- und Versicherungskasse für Arbeitslose, wie eine solche in St. Gallen besteht. Baillant schließt mit der Erklärung, daß die von ihm gemachten Vorschläge nicht diskutirt sind. „Die definitive Lösung der Frage kann allein die Revolution bringen.“ (Beifall auf der äußersten Linken.) Sandoz (Minister des Innern) antwortete, die Regierung werde thun, was sie thun könne. Sie könne aber nicht thun, was gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstöße. Hierauf nahm die Kammer mit 408 gegen 88 Stimmen eine Tagesordnung an, die diese Erklärung bildete. Wenn die Bourgeoisblätter nun glauben, die Emissionen würden nur auf den Sturz des Ministeriums Bourgeois hinarbeiten, so tären sie sich sehr. Daß dieses in socialistisches ist, das haben sie von Anfang an gewußt und verlangen von ihm auch gar keine socialistischen Maßregeln, wie gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstößen.“ Das wäre ja auch eine grenzenlose Naivität.

Die von 21 Abgeordneten und Senatoren gegen die „France“ wegen Verleumdung und Veröffentlichung ihrer Namen in der Liste der 104 gestrigsten Prozesse werden am 16. Februar vor dem Schwurgericht der Seine bestimmt. Die Anklagekammer hat beschlossen, daß alle 21 Prozesse nacheinander vor einem Gericht zur Verhandlung kommen sollen. Die Verteidigung der „France“ wurde dem früheren Anwalt und Politispracticien Andruy, einem hochbegabten und Enghüter so mancher Panamisten, übertragen.

England.

Es ist aus der Zahl der industriellen Gerichtsverfahren und der industriellen Unglücksfälle in England ersichtlich, daß der neue Home Secretary Sir W. W. R. in der Beaufichtigung des Fabrikwesens ebenso stramm ist wie sein Vorgänger Asquith. Im December 1895 wurden 201 gerichtliche Verfolgungen statt, gegen 147 im Vorjahr, nicht weil da Uebertretungen des Gesetzes zunimmt, sondern weil die Inspectoren zahlreicher sind und von oben ermutigt werden. Weniger erfreulich sind die Thatsachen über Unfälle. Auf der Waghstätt der Arbeit sind in England im December geblieben: 50 Eisenbahnangestellte, 47 Fabrik- und Werkstattarbeiter, 68 Grubenarbeiter, 224 Matrosen und 8 Unfallgeschädigte; diese letzteren wurden unter einem neuen Gesetz angemeldet. Dieren 397 Todesfällen stehen 318 im December 1894 gegenüber. Mit tödtlichen Unfälle waren 2602, wovon 628 Eisenbahnarbeiter, 653 Grubenarbeiter, 945 Arbeiter in Fabriken und Werkstätten. Augenscheinlich kommt

nur eine kleine Zahl der Unfälle in Gruben und Bergwerken zur Anzeige, so daß ein wirksames Gesetz, das die Pflicht der Unternehmer ihren Angestellten gegenüber verschärft, zur Nothwendigkeit gehört.

Amerika.

Die in den letzten Tagen gemeldeten spanischen „Siege“ auf Cuba sind von ähnlicher Beschaffenheit, wie die des vorigen Jahres. Damals handelte es sich darum, den Aufstand auf den Olen der Insel zu beschranken, nach dem die „Niederlagen“ der Aufständischen, aber als das Jahr zur Rüste ging, standen Antonio Maceo und Marino Gomez mit der Hauptmacht der Aufständischen im westlichen Theile der Insel, in den Provinzen Guayama und Pinar del Rio. Fortan mußte es sich darum handeln, Gomez und Maceo nicht mehr aus der Sackgasse herauszulassen, in die sie sich begeben hatten, ihnen den Rückzug nach Osten abzuschneiden und sie, das Meer im Rücken, vor sich die nachrückenden spanischen Heersäulen, zum Schlagen und zur Zurückung zu zwingen. Das war denn auch der Plan des Marschalls Campos. Die Arbeit seiner letzten Wochen auf Cuba war, das Truppenregiment um die Aufständischen lückenlos und genügend engmaschig zu machen. In der jüngsten Zeit haben sich die Nachrichten aus Guayama außerordentlich gehäuft, fast jeder Tag brachte die Kunde von einer neuen empfindlichen Niederlage der Aufständischen, allein es ist nicht zu verkennen, daß diese im vollen Marsche nach Osten und zum Theil bereits wieder in der Provinz Matanzas eingetroffen sind, die spanischen Linien somit durchbrochen und das geplante Keilstreifen vereitelt haben. Eine Anzahl tactischer Mißerfolge jammert sich demnach für sie zu einem wichtigen strategischen Erfolge, gerade das Umgekehrte gilt für die Spanier. Der neue spanische Oberbefehlshaber General Weyler, der zwischen dem 8. und 12. Februar in Guayama eintrafen wird, will die vorzue Lage, die er vorfindet, mit kräftigen Mitteln lösen. Schon hat er die Behörden in Cuba dringlich angewiesen, mit größter Strenge gegen die Aufständischen und deren Helfer vorzugehen, und der Strecken, der seinem Namen vorausgeht, hat bereits die Wirkung geübt, daß zahlreiche Personen, deren Verbindungen oder Verwandtschaft mit den Aufständischen bekannt sind, die Insel verlassen und nach den Vereinigten Staaten oder auf die andern Antillen flüchten. Inzwischen herrscht in Guayama ein bestiger Zittungsstet zwischen Conservativen und Autonomisten wegen der Abberufung des Marschalls Campos; besonders beachtenswerth ist dabei, daß die Reformisten jetzt erklaren, keinen Antheil an den Mäkten der constitutionellen Bewegung gegen Martinez Campos genommen zu haben. General Weyler wird sonach vermutlich nur bei den Autonomisten rückhaltlose Unterstützung finden, bei den Reformisten fähler Zurückhaltung, bei den Autonomisten offener Abregung begegnen. Das ist immerhin bedenklich, wenn gleich er über eine Truppenmacht verfügen wird, auf die Campos es niemals gebracht hatte. Mit den neuen Verstärkungen von 26.000 Mann wird er über 105 Bataillone, 42 Schwadronen und 22 Gebirgsbatterien verfügen. Als Stellvertreter ist ihm der General Marquis von Alameda beigegeben. Er beabsichtigt seine Streitmacht nicht in kleine Truppenkörper zu zertheilen, wie Campos, sondern sie in drei Armeekorps zu gliedern, deren Befehl den Generalen Alameda, Barcos und Pando anvertraut werden soll.

Arbeiterbewegung.

Der Lohndruck in Rudolstadt dauert ununterbrochen fort. Zu Wannschwitz haben 9 Nähmaschinen- und Dreschmaschinen der Firma Grunne, Matas u. Comp. die Arbeit wegen einer Lohnreduction eingestellt, darunter 8 Familienmänner mit zusammen 26 Kindern. Als Grund der Lohnreduction gab die Braunschweiger Firma an, daß eine Berliner Handlung die Maschinen billiger zu beziehen wünsche.

Die Lohndrucke, Eisen, Kupfer, Zinn- und Lichtdrucker werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Kameraden in Prag vor einer Lohnbewegung stehen, bei der sie der Solidarität auch der bürgerlichen Berufsgenossen dringend bedürfen.

Lohnbewegung in der Confection. In zahlreich besuchten, zum Theil überfüllten Versammlungen haben am 20. Januar die Schneider und Schneiderinnen der Städte Braunschweig, Dortmund, Halle a. S., Erfurt, Gotha, Jena, Weimar, Frankfurt a. M. und Stuttgart beschlossen, die bekannten Forderungen der Lohnbewegung, Forderungen und Weisern zuzustellen.

Sociale Uebersicht.

Von den Wirkungen des Gnaden-Elasses. Eine düstere Satire auf unsere socialen Zustände bildet eine Nachricht, die von der böhmischen Grenze her in die Presse dringt. Aus Grottau bei Rachenberg in Böhmen wird geschrieben: Am letzten Sonnabend wurde unsere Stadt von einer großen Anzahl Birkern und Landstreichern überfluthet, die in Folge des in Deutschland eingetretenen Gnaden-Elasses aus den Gefängnissen der benachbarten Grenzstaaten entlassen worden waren und nun ihren Weg hierher genommen hatten. Die Polizei nahm zehntausende Verhaftungen vor, so daß die hiesigen Arresträume bald überfüllt waren. Man transportirte daher noch am selben Abend eine Schaar verhafteter Personen nach Prag, wo sie in dem dortigen Bezirksgefängnis untergebracht wurden. Ist es nicht eine bittere Satire auf unsere Zustände, daß da Duzende von Leuten, die man schon erst begnadigt hat, wenige Stunden später schon wieder in einem anderen Gefängnis sitzen? Die Anwesenden waren, so meldet selbst ein liberales Blatt, nicht etwa schwere Verbrecher, sondern ob auch ganz arbeitslose Leute — vielleicht auch einige wirkliche Arbeitslose darunter — denen gar nichts anderes übrig blieb, als in der wiedererwonnenen „Freiheit“ von neuem betteln zu gehen. Biele von ihnen mag die österreichische Polizei geradezu einen Gefallen getan haben, daß sie ihnen wieder eine Unterkunft gewährte.

Vermischtes.

Ein Säbnesper. Anfang November wurde Tunko Long, eine Lieblingsstocher des mächtigen Sultan's Ahmet von Bagdad,

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“)

25. Sitzung vom 24. Januar 1896. — 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: von Voellcher. Präsident von Buol eröffnet die Sitzung und kommt noch einmal auf den Vorschlag am Schluss der Sitzung vom Donnerstag zurück. Er stellt zunächst fest, dass Abg. Dr. Barth, als er von bejahrten Agenten des Bismarckianismus sprach, gar nicht deutsche, sondern nordamerikanische Verhältnisse im Auge hatte. Er stellt weiter fest, dass Abg. v. Kardorff den Ausdruck „infamer Lügner“ direct gebraucht hat. Der Präsident ruft deshalb den Abg. v. Kardorff noch nachträglich zur Ordnung.

Abg. Schulze-Königsberg (Soz.) berichtigt einen Druckfehler im amtlichen Stenogramm, das ihn bei der Abstimmung über den Antrag König als „unentschuldig fehlend“ auführt. Er habe an der Abstimmung theilgenommen und mit „Nein“ gestimmt.

Das Haus tritt in die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern ein.

Abg. Gamp (No.) beschwert sich darüber, dass die vom Reichsversicherungsamt für die Landwirtschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu wenig den realen Verhältnissen angepasst sind. Man merke ihnen die Arbeit vom grünen Tisch an und die Bestimmungen seien theilweise geradezu thöricht. Es seien dies Bestimmungen über die Bremsvorrichtungen und Beleuchtungsvorrichtungen für die Wagen, über die Benutzung von Kutschern nicht unter 15 Jahren, die Umwälzung der Senlen mit Stroh u. s. w. Man solle solche Vorschriften z. B. gegen die Krautentzwei anzuhängen, durch die die Arbeiter auf dem Lande herangezogen würden.

Staatssecretär von Voellcher erwidert, dass die Vorschriften, die der Vorstand aufgeführt hat, gar keine Vorschriften im eigentlichen Sinne sind. Das Reichsversicherungsamt habe auch gar kein Recht, Vorschriften zu erlassen. Es seien nur Vorlagen, welche den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen als Muster (auf rechtlich Schönes Muster) für demnächst zu erlassende Vorschriften dienen. Der Vorwurf, diese Vorschriften seien am grünen Tisch gemacht, treffe nicht zu. Bei der Ausarbeitung seien Vertreter des landwirtschaftlichen Ministeriums und der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen hinzugezogen worden. (Seiterkeit.) Gar so thöricht seien übrigens alle diese Vorschriften nicht. Schon früher hätten landwirtschaftliche Berufsvereinigungen Unfallverhütungsvorschriften erlassen und da finden sich auch die gleichen Bestimmungen über den Schutz der Senlen und Sichel. Im Uebrigen hätten ja die Berufsvereinigungen völlig Selbstverwaltung und könnten die Vorschriften annehmen oder ablehnen, wie es ihnen beliebt.

Abg. Dr. Hise (Str.) wundert sich, dass Abg. Gamp hier eine Angelegenheit zur Sprache bringe, die sich noch im Stadium der Vorbereitung befinde. Herr Gamp sei wohl besorgt, dass die Berufsvereinigungen anderer Meinung sein könnten als er selber. Soweit gehe ja die Socialdemokratie nicht in der Kritik, dass sie sich an Dinge halte, die noch gar nicht Gesetzeskraft erlangt hätten.

Abg. Gamp (sehr erregt): Ja, habe ganz allein darüber zu entscheiden, was ich hier vorbringen will und was nicht. Es war durchaus ungehörig von Herrn Hise auf die Socialdemokratie zu exemplifizieren (Lachen links und im Centrum).

Abg. von Staudy (Disconj.) erklärt, Herr Gamp sei völlig im Recht gewesen, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Er habe sogar großen Nutzen damit gestiftet.

Abg. Hise (Str.) Ich glaube, es kann mir nicht verwehrt werden, hier auch meine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Abg. Frh. von Manteuffel (Disconj.): Für die landwirtschaftliche Berufsvereinigungen der Provinz Brandenburg ist die Angelegenheit schon erledigt, sie ist die Mehrzahl der Vorschriften abgelehnt. Was uns bedenklich macht, ist die Bezeichnung „Normal-Vorschriften“. Wie ein halbwegs vernünftiger Mensch diese Vorschriften als „Normal“ bezeichnen kann, bleibt uns unerfindlich. (Große Seiterkeit.)

Abg. Dr. Litzgens (Str.): auf der Tribüne sehr schwer verständlich, spricht seine Genugthuung für die Weiterentwicklung des Fabrikinspectorats aus.

Abg. Wurm (Soz.): Wenn der Abg. Gamp im Interesse der Großgrundbesitzer der Regierung den Vorwurf machte, dass sie

alles eifrig sei im Arbeiterkampf, so muß ich die Anklage erheben, daß uns der Menschenhug noch lange nicht weit genug geht. Ich gebe zu, daß die Berichte der Fabrikinspektoren besser und umfangreicher geworden sind. Aber was geleistet werden sollte, wird lange nicht geleistet. Die Fabrikinspektoren sind zu 1/3 Kesselfeuerer und nur zu 1/5 Fabrikinspektoren und wenn der Minister von Voellcher seine Aufgabe als socialreformatorischer Minister in Preußen richtig verstände, so müßte er darauf dringen, daß wie es in Württemberg bereits geschehen, auch in Preußen die Kesselfeuerer vom Fabrikinspectorat wieder getrennt werde. Das wüßten die Fabrikinspektoren selber. Allerdings sollen den Fabrikinspektoren die Polizeiorgane als Hilfe zur Verfügung stehen, aber diese sind mit Mutterproben, Bajonettenuntersuchungen (Seiterkeit) so beschäftigt, daß sie keine Zeit mehr zu Revisionen haben. Welcher werden zudem noch die polizeilichen Revisionen der Fabriken vorher angemeldet, ja es kommt auch vor, daß man vorher Kenntniß vom Erscheinen des Fabrikinspektors hat, und sich auf seinen Besuch vorbereiten kann. Natürlich wird bei der Revision alles in schönster Ordnung befunden. Nothwendig ist die Heranziehung von Arbeitern als Hülfsmitteln und die Anstellung der weiblichen Inspektoren, die in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten bereits eingeführt sind und sich dort eben so bewährt haben, wie die Inspections-Assistenten aus dem Arbeiterstande. Die socialdemokratische Fraction hat in diesem Sinne einen Antrag auf weiteren Ausbau des Fabrikinspectorates eingebracht. Das socialpolitische Verständniß der preussischen Regierung für die Forderung, weibliche Fabrikinspektoren einzuführen, ist wahrhaft kläglich. Im preussischen Abgeordnetensabause hat eine von bürgerlichen Frauenvereinigungen ausgehende Petition um Einsetzung weiblicher Fabrikinspektoren bei der Regierung, insbesondere beim Handelsminister, scharfen Widerstand gefunden, u. a. auch deshalb, weil „bei der Verbeugung der Arbeiter durch die Socialdemokratie es solchen Inspektorinnen an der nötigen Autorität fehlen und weil man auch den Unternehmern mit Inspektorinnen lästig fallen“ würde. Auch ein Beitrag zur Charakteristik der preussischen Socialreform. Nur im bescheiden Landtag hat die Petition um Einführung weiblicher Inspektoren insoweit Erfolg gehabt, als sie der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden ist. Im letzten Bericht der englischen Fabrikinspektoren urtheilt der Centralgewerkschaftsleiter sehr günstig über die Thätigkeit der dort angestellten vier weiblichen Gewerkschaftsleiter. Er sagt u. A., es werde mit den weiblichen Beamten erst möglich, die richtige Annäherung und Fühlung mit den Arbeiterinnen zu gewinnen. (Hört! hört! bei den Sociald.) Uebrigens wendet sich sodann den Zuständen der schaffischen weiblichen Fabrikinspektoren zu. Erübe Bilder über das dortige Arbeiterleben entrollen sich da. von denen aber in dem auszugegebenen allgemeinen deutschen Bericht fast nichts zu finden sei. Die Arbeiter scheuten sich aus Furcht vor Entlassung aus der Arbeit, den Inspektoren ihre Beschwerden vorzutragen oder thäten es höchstens ganz verstohlen. Ein Bürgermeister habe erklärt, er wage nicht des Nachts eine bestimmte Fabrik zu revidiren, da er befürchte, in den Fabrikgraben geworfen zu werden, wie ihm angeordnet worden sei. Daß diese Drohung nicht von Arbeitern ausgegangen, sei selbstverständlich. (Hört! hört!) Wie müssen die Arbeiter moralisch zertreten sein von den Unternehmern in schaffischen Fabriken, wenn sie unter Verleugnung allen und jeden Menschlichkeits- und Solidaritätsgefühls bei den Unfall-Untersuchungen befristet seien, die Schuld auf die Unvorsichtigkeit ihrer Kollegen zu werfen. Nicht über diese geringen Zeufel dürfe man sich enträsten, sondern über die hartnäckigen Fabrikanten, die sie zu dieser Heuchelei zwingen. Der Dictaturparagraf bewähre sich für die Unternehmung und helfe dazu, die Arbeiter zu knebeln und ihre Organisationen unmöglich zu machen. — Daß die Arbeiter es schwer zu füttern bekommen, wenn sie auch nur die Intervention des Fabrikinspectorats anrufen, erkennt auch der bekannte Fabrikinspector in Baden an. Er sagt ausdrücklich, daß nicht ein Mangel an moralischem Muth die Arbeiter hieran hindere, sondern daß sich bei ihnen bereits die Ansicht befestigt habe, der Staat besitze nicht die Macht, die Arbeiter in der Ausübung ihrer berechtigten Interessen zu schützen. Wir sagen hinzu: die Arbeiterklasse weiß, daß der Staat auch nicht den Willen habe, sie zu schützen. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten.) Fabrikinspektoren, die ihre Pflicht thun, werden nicht bloß von der Unternehmung, sondern auch von

Antisemiten angefeindet. So entdeckte das antisemitische Blatt in Heideberg, daß Herr Wörsthofer ein Jude sei und beschimpfte ihn in schändlicher Weise. Das wirft auch ein Licht darauf, welche Interessen der Antisemitismus vertritt, nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Capitalisten. Die Socialdemokraten kritisiren die Fabrikinspektoren, wenn und insoweit ihre Thätigkeit ungenügend ist. In Köslin fürchteten sich die Arbeiter einer Papierfabrik und einer Mühle dem Gewerkerath ihre Beschwerden zu unterbreiten, weil sie zwar nicht von ihm aber von anderer Seite dem Fabrikherrn benannt zu werden fürchteten. Sie theilten ihre Beschwerden also dem socialdemokratischen Reichstagscandidate des Kreises vertraulich mit und dieser unterbreitete sie dem Gewerkerath. In seinem mit vorliegenden Antwortschreiben erwiderte der Herr, daß er auf diese Beschwerden nicht eingehen werde. Sind die Arbeiter des Glaubens, daß sie Grund zu Ausstellungen haben, so stehe ich ihnen zu bekannter Zeit zur Verfügung,“ sagt er. (Zuskrant ruft: Sehr richtig!) Ihr Sorgen, daß die Arbeiter erfahren, wie Sie ihre Interessen wahrnehmen, (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten. Abg. Zuskrant: Sehr falsch!) Wie sind denn die Arbeiter bei einem solchen Verhalten des Fabrikinspektors in der Lage, ihm Mittheilungen zu machen? Etwas durch die seiner Zeit so hoch gepriesenen, mit solchem Apitomb in Scene gesetzten Arbeiterauschüsse? Was ist aus diesen Arbeiterauschüssen geworden? Auch von ihnen wird es bald heißen: es war einmal! Wo sie noch bestehen, da führen sie ein Scheinleben. Von den Unternehmern werden sie benützt, wie gewöhnliche Werkzeuge, um die Arbeiter bei ihren Lohnkämpfen zu beeinflussen. Und sie werden auch nie zu wirklichem Leben erdacht, weil sie abhängig sind von der Gnade der Unternehmer. Es giebt nur eine legitime Organisation für die Arbeiter, die sich ihrer in solchen Fällen annimmt, das sind die Gewerkschaftsvereine. Noch bestehen sie, noch haben wir keine Ausnahmegeetze, nach denen das Unternehmertum schreit. Freilich sucht man in Sachsen bereits ihnen den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Leider ist es nur ein kleiner Theil der Fabrikinspektoren, der in Verbindung mit den Gewerkschaftsvereinen steht, aber sie erkennen an, daß die Cartelle nicht wahre Berichte liefern. Andere Fabrikinspektoren stehen ihnen feindlich gegenüber. So sagt es z. B. der Gewerkerath Müller in Hannover zu behaupten, daß es den Leitern der Arbeiterorganisationen nicht um Beseitigung wirklicher Schäden, sondern nur um die Einbringung möglichst vieler Klagen und Beschwerden gegen die Unternehmer zu thun sei. Mit Entrüstung haben die hannoverschen Arbeiter diese unbegründete Verdächtigung zurückgewiesen. Daß die hannoverschen Arbeiter zu Herrn Müller kein Vertrauen haben, stimmt, aber daran ist er selber schuld. Er kennt die Verhältnisse in seinem eignen Bezirk nicht, ja er hat direct falsche Angaben über thätigste Dinge, wie die Nacharbeit in hannoverschen Fabriken, in seinen amtlichen Berichten gemacht. Auch in dem Bericht dieses Jahres findet sich eine ganz falsche Angabe. Er berichtet über einen Streik in der Knüppelpfahlfabrik in Linden und erzählt von einer Versammlung, die dem Streik vorangegangen und ihn becausacht habe. Das ist direct nicht wahr. Die Versammlung fand 36 Stunden nach Ausbruch des Streiks statt, sie war nicht die Ursache, sondern die Folge des Streiks. Wo soll da das Vertrauen herkommen? Der vielgeschmähten socialdemokratischen Parteipresse verjagen einige Fabrikinspektoren ihre Anerkennung nicht. Sie erkennen die Culturearbeit an, die sie durch die Aufhebung der Mißstände und durch das beständige Verlangen nach Sanirung der Fabrikverhältnisse leistet. So sagt der Potsdamer Fabrikinspector, daß nur die socialdemokratische Presse sich ernsthaft mit den Berichten der Fabrikinspektoren beschäftigt. Diese Berichte liegen leider nicht lückenlos vor und sind schwer zu beschaffen. Manche der kleineren Staaten sind in ihren Berichten, die nur auszugeweihe erstattet werden, um zwei Jahre zurück, so Sachsen-Weimar. Aus anderen Kleinstaaten sind gar keine Berichte zu verschaffen. — Uebrigens geht das über, den ungenügenden Schutz der Arbeiter in Werbereien gegen das Heraushegen der Werbeschäden zu schildern. Er hat eine Anzahl dieser Werbeschäden, die der Abgeordnete Wölffler-Dortmund im Vorjahre als harmlose kleine Dinger bezeichnete zur Stelle gebracht und auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Breslauer Spaziergänge.

Die Reichs-Jubelfeier ist nun auch vorüber und mit einigermaßen kabe jämmerlichem Gesichte schaut eine gewisse Sorte „Patrioten“ durch den sich allmählich verziehenden Nebel von Phrasen hindurch, der in letzter Woche über Deutschland sich ausbreitete und die Köpfe dieser „Reichsfreunde“ erfüllte. Was sich jetzt, gleich nach Beendigung dieses Reichs-Jubiläums, den allmählich wieder deutlicher sehenden Augen bietet, ist allerdings kaum geeignet, neue „Begeisterung“ anzufachen: Eine funkelnelneue Reizeglocke, ganz neue Bewaffnung der Artillerie, einige zehntausend Soldaten zu Wasser und zu Lande mehr, ei, ei, das wird ja viele, viele hundert Millionen Mark Mehrausgaben erfordern — da wird's aber wieder gehörig über den Steuerfädel hergehen! Freilich, vorläufig heißt es noch: „Nichts Gewisses weiß man nicht“ und die Diffidenden und halb-officiellen schreiber ungeschälte Federn caput über die Fragen: was, wieviel, wann und wo Bloch Militarismus vom deutschen Volk wieder fordern wird. Aber das er fordern wird und zwar bald und auch sehr viel, das steht einmal wieder bombastisch!

Daß das neue deutsche Reich allen seinen Angehörigen sehr, sehr theuer ist, wird Niemand, am allerwenigsten ein Socialdemokrat, bestreiten wollen. Und daß es immer noch theurer wird, darüber dürften sich diejenigen doch am wenigsten wundern, die in diesen „Jubeltagen“ nicht genug Worte der Bewunderung für all das Schöne finden konnten, das sich im Reiche „so herrlich erfüllt“ haben soll. Welch eine Hochfluth von Festreden, Feiertagsreden und Festgedichten hat sich in diesen Tagen nicht über uns Deutsche ergossen! Hat — wenn ich nur an all die fürchterlichen Reimerereien denke, die wir zu verdauen bekommen, da läuft es mir eiskalt über den Rücken. J. J. Form und J. halt nichts als jämmerliche Stumperei, nichts Klarfürliches, keine Wärme, kein Geist, nur Gefühlslos, hohles W. hohes, ewig wiederkehrende, leere Phrasen! Freilich, was kann man denn auch von dieser poetischen Verherrlichung der Schlachtengruel, von dieser fleischer-Poese auch anders erwarten? Müßten nicht die paar Gedanklen, die wirklich noch vorhanden waren, vor den armen „Dichtern“ Reibhaut nehmen, wenn die e die „herrlichen Gedanklen“ mit der jämmerlichen Wirklichkeit verglichen?

Daß unter patriotischen Breslauer nicht zurückgeblieben

ist, als es galt, Wolken poetisch-patriotischen Vertrauchs zum Himmel emporjulen, daß ich mit großer Genugthuung hier feststellen! Wer zählt all die herrlichen Verse, die hier zum Andenken an Deutschlands große Zeit zusammengegedichtet wurden? Es wäre unrecht, wollte ich nicht in erster Linie des vaterländischen Dichters gedenken, der immer dabei ist, wenn es gilt, irgend etwas zu befragen, sei es nun der Geburts- oder Todestag eines Dichters, Geliebten, Schlachtenlenkers oder ein patriotisches Fest. Herr Hiberfeld verfaßte denn auch den poetischen Text zu dem patriotischen Festspiel im Stadttheater und sammelte damit neues Ruhmesgeheimnis auf sein geriales Haupt. „Der Text steht in coar, reichbewegter Sprache, in formidablen Versen und langvollnen Reimen dahin und ist von wahrer, patriotischer Empfindung durchglüht,“ sagt der Theaterkritiker der „Breslauer Zeitung“ und er hat ganz Recht. Wie herzerhebe wirkt nicht die Schilderung der Schlachten von Eüstürmung der Epischeren Höhen bis zum „glorreichen Tage von Sedan“ auf jedes zartempfindende Gemüth ein:

Hei! Da begann auf Thal und Hügel Ein Schmieden, wie man's nie ahnt. Wie dröhnten da die Felsenwände Dumpf von der Reichenhämmer Klang. Wie sprühten da die Feuerbrände Von Dorf zu Dorf, den Weg entlang. Wie dampften da die Bergegefäße Von schwerer Rasse tief gewälzt. Bis endlich man in eprner Feisel Den treu'gen Feind geleitet hielt. Das war ein heißes wildes Schlagen! Drei Tage hielt das Schmieden an; — Schon dreißigttausend Helden lagen Im Straßenstaub, im kühlen Tann. Da hub des Hammers wuchtige Schwere Zum letzten Mal jung Siegfried an. — Und flammend schloß um Frankreichs Feste — Um Reich sich feht der Eüstürmung.

Und wieder scholl der Eisen Brausen Recht' wild die Stuch nach neuem Feig — Dort wo sonst Rad und Spindel kaulen Im hundertwärtigen Thal der Maas — Tenn aus den Schindeln der Argonnen Unheimbar wie — wie der Lava Brand — (Hovjal) Duell es in langen Marschcolonnen Schwarz nieder in das blühnde Land. Und ob auch Brand und Tod entzündete Der hunderttausendköpfige Wurm, Ob weder jene Worte konnte Bergweckend er an letzten Sturm; Sie trühten die Generobde

Auf dem Gezeit vom Bergeshang Bis rauchumflort die Tricolore Sinab auf Sedans Trämmer sank.

Wie natürlich, nicht wahr? Man sieht förmlich die vormalig blühenden Fluren, die kühnen Dörfer und Städte verheert und verbrannt vor sich liegen, man kann die dreißigttausend Helden, die „im Straßenstaub und kühlen Tann“ todt vor uns liegen, fast mit Händen greifen. Und dann der „hunderttausendköpfige Wurm“, der „vorzweifelnd im letzten Sturm“ gegen eine Kette „c a n t e“, während die Würmer sonst allgemein zu kriechen pflegen — einfach großartig!

Aber was ist ein Hiberfeld gegen den großen Dichter, den Rec or urserer Untere. stadt, Herrn Geheimen Justizrath Professor Dr. Felig Dahn, dessen Ruhm längst über Breslauer Mauern weg in alle Welt hinausgeschallt und der gerade eben wieder ein neues Blatt seinem unvergänglichen Ruhmeskranze einsägte, indem er einen „weihewollen Prolog“ zur Feiertagsversammlung aller Bürger und aller Parteien Breslauer dichtete. Ein Prologchen nur aus diesem Dahn'schen Opus, lieber Leser und Du bist ganz hingerissen, bist weg. Herr Dahn sagt von der K. d. a. u. in Versailles:

„Das war ein Bild, lebendig, nicht gemalt, Wahrhaftig, nicht gepreßt, in schlichter Größe, Viel herrlicher als aller Ruhmesglanz Von Frankreich! — daran denkt, ihr Deutschen Und, ohne alles Rühmen, thut die Pflicht Wie Barbablancas und die Paladine Sie thaten: dann wird's wohl stehen um das Reich, Und ob die Welt ringsum voll Teufel war.“

Der Teufel, das nenn' ich couragint! Kann, bekanntlich fürchtet der brave patriotische Deutsche überhaupt nur Gott. sonst nichts in der Welt — höchstens noch ein Bischof der Socialdemokraten.

So gern ich nun auch Herrn Professor Dahn die Palme des Sieges im edlen Wettstreit unserer Breslauer patriotischen Dichter zusprechen möchte, so kann ich das doch nicht thun, wenn ich nicht einem Collegen des Herrn Dahn bitteres Unrecht thun will. Denn, nicht Herr Dahn, sondern Herr Schmidt, seines Zeichens ordentlicher Professor an der evangelisch-theologischen Facultät der Universität Breslau hat in diesem titanischen Ringen unserer großen vaterländischen Jubelfeier der Breslauer Studenten ein selbstverfaßtes „Gedicht“ zu Ehren des Reiches und besonders zu Ehren des Kaiser Wilhelms vorgetragen — unbeschreiblich schön, ein-

Bei dem Stande der heutigen Technik wäre es ein Leichtes, diese Schrupprichtungen einzuführen. Aber den Unternehmern ist es nicht recht, weil jede neue Schutzvorrichtung die Arbeit verlangsamt und die Arbeiter, die im Accordlohn stehen, mit Rücksicht darauf eine Lohnherabsetzung fordern. Wo sich um den lieben Geldbeutel handelt, da hört alle Socialreform auf, da hören auch alle ethischen und religiösen Grundsätze auf. Der Bundesrath wäre hier verpflichtet, direct einzugreifen und auf Innehaltung seiner Vorschriften zu sehen. Aber schnell würde nur eingeschritten gegen die Arbeiter, nicht gegen das Unternehmertum. Dem Unternehmertum werde die Thür angeklüppelt aufgeschoben, damit es sich den Arbeiter-schutzgesetzen entziehen kann. Ich will auf weitere Mißstände hier nicht eingehen, bemerken will ich nur, daß die jugendlichen Arbeiter in den Fabriken zwar zurückgehen, dagegen aber in der Haus-industrie zunehmen. Dort haben aber die Arbeiter noch die Kosten für Beleuchtung und größere Räumlichkeiten selbst zu tragen. Den Mißständen in der Confectionbranche, die durch das Zwischenschleifen entstanden sind, stellt die Regierung hilflos gegenüber, da die Gesetzgebung eben für die Hausindustrie nicht zugeschnitten sind. Mit wenigen Ausnahmen entzieht sich die Unternehmertum den Kosten der Socialreform. Was soll aber aus einer Bevölkerungsklasse werden, die man immer größerer Verelendung Preis giebt? Es ist viel von einem Bilde die Rede gewesen, unter welchem steht: Böller Europas, wahrer Güter heiligster Güter! Es wird in dem Bilde auf Aßen hingewiesen. Wer aber für die heiligsten Güter der Nation kämpfen will, der findet dafür in Deutschland Feld genug. Die Arbeiterarbeit steht bei der Regierung nicht einmal den guten Willen, sie hat reichlich schon seit Jahrzehnten eingeschrieben, daß dieser gute Wille in der capitalistischen Gesellschaft unmöglich ist. Die Berichte der Gewerbeinspektoren sind eine Zeitspille gegen das Unternehmertum und die ganze capitalistische Gesellschaft, wie sie inhaltslos schwerer nicht gedacht werden kann. Die arbeitende Bevölkerung muß aber Jare ganze Socialreform zur Tagesordnung übergeben. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssecretär v. Hübner: Das Urtheil des Hofes wird über das deutsche Unternehmertum nicht ein so ungünstiges sein, wie es der Redner gefaßt hat. Er hätte mit seiner Rede einen besseren Effect erzielt, wenn er ohne diese Tiraden in objectiver Weise die Mißstände, die unläugbar vorhanden sind, hier kritisiert hätte. Die Regierung hat sich keinen Vorwurf zu machen. Sie ist nicht beabsichtigt, dem Arbeiterstand zu entstehen. Solche Reden wie die der Abg. Warm gehalten hat, sind weniger geeignet, Abhilfe zu schaffen, als die Unzufriedenheit drängen zu rufen. (Auf rufen: Das ist ja beachtlich!) Ob es die Absicht war, laute und behagliche zu laffen auch einem socialdemokratischen Abgeordneten nicht Absichten unterlegen, die er nicht ausgesprochen hat. Es wäre also besser, wenn sich der Abg. Warm an die bestehenden Behörden wenden möchte, um die Einzelheiten der Sache zu erörtern, als sich den verschiedenen Herrn Handelsministern nicht nöthigen, wendliche Fabrikinspektoren anzustellen. Der Herr Redner hat mit vielem Fleiß und Geschick die Sachverhalte in seinem Gewerbetage aus den Berichten herausgehoben, unterdrückend aber hat er die Schwierigkeiten gelassen, die auch in den Berichten zu finden sind. Nicht objectiv hat der Redner auch die Verhältnisse im Glas gezeichnet. Die Gewerbeinspektoren ermunen in den Berichten vielen Tadel, auch viel Anerkennung. Nun hat der Redner gemeint, die Gewerbeinspektoren seien nicht objectiv. Es ist nicht alles aus den Specialberichten in den Generalberichten übernommen worden, das ist auch nicht möglich. Das Urtheil ist jedenfalls abgemildert worden. Herr Warm hat gegen den Gewerbebericht Müller schwere Vorwürfe geäußert. Ich bin außer Stande, die Behauptungen zu prüfen. Vielleicht hat er einmal sich berichtet. Aber warum wendet sich Herr Warm nicht an die vorgelegte Behörde, warum stellt er ihr hier im Reichstage an den Kopf und greift hier einen sonst schuldlosen Beamten hier in dieser Weise an? Der Wunsch des Redners nach billigerem Preise der Senate kann ich nicht erfüllen. Der Redner flagt jetzt schon, daß er nicht auf seine Seiten kommen. (Beifall rechts.)

Regierungsdirector Schäfer: Der Redner hat, das der Redner Warm sich in einem Irrthum befindet, wenn er glaubt, daß in Erfahrung das Fabrikinspektorat von der Arbeiterseite getrennt ist.

dem Capitalismus ein Vorbild zu fingen, dazu sind wir von unsern Wählern nicht hergeleitet worden. Gegen den Gewerbebericht Müller bin ich hier vorgegangen, weil die heimischen Beschwerden nichts genügt haben. Noch im October hat im „Volkswillen“ ein Artikel gestanden, in dem Herrn Müller dieselben Thatsachen vorgeworfen wurden, die ich hier vorgebracht habe. Er hat nichts dagegen gesagt und damit bewiesen, daß wir Recht haben.

Staatssecretär v. Bötticher: Wenn ein Beamter auf einen verläumderischen Artikel nicht antwortet, so giebt er damit noch keineswegs den Inhalt des Artikels als wahr zu. (Auf links: Der Artikel war nicht verläumderisch.)

Abg. Jäckel (Anti.) findet in der Rede des Abg. Warm besonders interessant den Vorwurf, in dem er davon erzählt, daß ein Heidelberger Blatt einem jüdischen Fabrikinspektor entgegen getreten sei. Er hoffe, es würden nicht noch weitere jüdische Fabrikinspektoren angestellt. Die socialdemokratische Kritik ist nicht berechtigt; die socialdemokratischen Agitatoren gingen doch nur darauf aus, zu verhehlen. (Auf bei den Socialdemokraten: Spengel: Knappschäfer.) Den Zwischenscheidungscomittee er, sich an den Oberstaatsanwalt in Bielefeld zu wenden, da würden sie Näheres über die Spengel-Affaire erfahren. Möchten die Herren aber mit ihm nach Spengel gehen, so würden sie erfahren, daß die dortigen Bewohner für socialdemokratische Verheerung wenig empfänglich seien. Wenn der Abg. Warm gesagt habe, im Kampfe für die heiligsten Güter der Nation brauche man nicht erst nach Aßen zu gehen, so habe er Recht gehabt. Die Elemente, die die heiligsten Güter der Nation am meisten gefährden, sind erst von Aßen, wie Hübner zeigt, zu uns gekommen.

Abg. Reichhaus (Soe.): Als Vertreter des II. Meinigenischen Wahlkreises muß ich hier erklären, daß in keinem deutschen Bezirk die Fabrikinspektion so mangelhaft ist, wie gerade in Meiningen. In einem Prozesse wider einen Parteigenossen von mir, Seign, der den Gewerbebericht von Reichhaus angegriffen hatte, erklärte der Regierungs- und Hausrath Recht als Sachverständiger vor dem Gericht in Rudolstadt die meiningische Inspektion für höchst ungenügend. Trotz dieses vernichtenden Urtheils hat sich bis heute nichts geändert. Derselbe Herr Reichhaus erklärte im Jahre 1893 in seinem Bericht, es gäbe keinen Mißstand. Dabei sind im Januar und Februar des Jahres 1893 von der socialdemokratischen Partei Geld und Naturalien unter die Leute vertheilt worden. Es ist wünschenswert und hohe Zeit, daß dem alten Herrn eine zweite Kritik beigegeben wird. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Eberfeld (frei. Volksp.) macht auf Widersprüche in den Entscheidungen der ordentlichen Gerichte und der Verwaltungsbehörden in Bezug auf die Kündigungserlösen der Wermeister in den Fabriken aufmerksam. Das Landgericht I in Berlin habe angenommen, daß die Wermeister im festen Kontrakte ständen, nach dem sich die Kündigungserlöse zu richten habe. Die Verwaltungsbehörden aber den Worten ihren Entscheidungen zu Grunde gelegt.

Staatssecretär von Bötticher: Da es sich um einen einzelnen Fall handelt, um die Entscheidung eines einzelnen Gerichts, so kann ich nicht weiter darauf eingehen; sollte er sich wiederholen, so werde ich darauf zurückkommen.

Abg. Stadthagen (Socialp.) Ich wäre dem Minister von Schuler-Matthar, wenn er sich die Urtheile dieser Kammer des Landgerichts Berlin auch nach anderer Richtung einmal ansehen wollte. Dieses Gericht, das die Revisionen zum Landgericht bildet, bildet in der That, daß die Colonnenführer bei gemeinsamer Arbeit selbständige Unternehmer seien. Dieses Urtheil steht im Widerspruch zu den Urtheilen der Verwaltungsbehörden und zu den Urtheilen des Gewerbegerichts. Derselbe Kammer ist weiter der Meinung, daß Accordarbeiter, die zu Hause arbeiten, keine Arbeiter, sondern selbständige Unternehmer seien.

Sine Namen: Heranzu erzählt nicht.

Abg. Dr. Hage: beantragt, dem Reichstage zur Vorlegung einer Zusammenstellung aller in den verschiedenen Bundesstaaten auf Grund des § 126b der Gew.-Ord. erlassenen Verordnungen und Bestimmungen aufzutreten.

Staatssecretär v. Bötticher erklärt sich dem bereit.

Der Tag „Gewerbetage“ wird bewilligt und die Weiterberathung des Tages entfällt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Fortsetzung der Staatsberathung.

Schluß 5 Uhr.

Aus Weiskirchen in Baden, 18. Januar, wird geschrieben: Wie weit sich die Sucht nach Majestätsbeleidigungsprozessen verfeinert kann, beweist wieder ein hier vorgekommener Fall. Zwei jugendliche Arbeiter der hiesigen Kalblebe-fabrik unterzählten sich miteinander über den 18ten Januar. Der eine Arbeiter sagte: „Am Samstag ist die Kaiserkrönung“. Der andere gab darauf eine Antwort, welche wir mit Rücksicht auf die blinde Justitia nicht wiedergeben können. Er wurde vom ersten denuncirt und ist bereits wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Ein fünfzehnjähriger Majestätsbeleidiger ist sehr selten. Der Denunciant kann es bis zu seiner Großjährigkeit zum Obmann bringen.

In Mannheim hat der Möbelhändler Jacob Schönberger aus Nachsicht den Agenten Reinert wegen Majestätsbeleidigung denuncirt. Reinert lag vor Sonnabend Abend in dem Weinhaus von Frey in Mannheim und sprach über die Reichsgründungsfeste und soll nach der Behauptung des Denuncianten dabei auch gekörnte Haupter in seine Rede gezogen haben, worauf Schönberger, der erst vor kurzem von Reinert wegen Beleidigung belangt worden war, aufstund und unter den Worten „die zehn Mark (welche Schönberger wegen Beleidigung Reinerts als Süße in die Armenkasse zu zahlen hatte) sollen ihm Heuer zu sehen kommen“ fortging und Reinert dem nächstbesten Schuhmann denuncirte. Vielleicht erinnert Herr Schönberger sich eines geflügelten Wortes, das der Volk-mund gegen den Denuncianten gebraucht.

Aus Langendreerholz in Westfalen wird geschrieben: Auch hier blüht das Denunciantentum. Unkündig wurde hier Genosse Flunarth wegen Majestätsbeleidigung von einem seiner Nachbarn angezeigt. Er soll die Messerung in seiner Wohnung gethan haben, als jener zugewegen war.

In Berlin ereilte am Mittwoch einem besonders frechen Denuncianten ein wohlverdientes Schicksal. Im vorigen Herbst wurde der Arbeiter Wilhelm Wrobbel von dem Schauspieler Krause wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen angezeigt. Im Verhandlungstermine vor dem Landgericht I bestritt Wrobbel mit Entschiedenheit seine Schuld, während Krause unter seinem Eide die Beleidigung aufrecht hielt. Krause erklärte als Zeuge unter seinem Eide, daß er noch niemals bestraft sei. Dies wurde von dem Angeklagten Wrobbel bestritten. Der Staatsanwalt ließ sich die Akten des Krause kommen und nun stellte sich heraus, daß der letztere ein angelegtes Register von Vorstrafen wegen der verschiedensten Verbrechen und Vergehen beiflag. Ein solcher Zeuge konnte unmöglich auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen, zumal einem völlig unbescholtenen Angeklagten gegenüber. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wrobbel die Freisprechung und gegen den Zeugen Krause die sofortige Inhaftnahme wegen Meineides. Und so geschah es.

In Frankfurt a. D. hat die Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Fritz Hansen aus Berlin ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Das Verfahren soll Genosse Hansen in einer Versammlung des örtlichen socialdemokratischen Arbeitervereins begangen haben.

In Halle stand am 21. Januar wegen Prinzenerbeleidigung nach dem § 97 des St.G.B. (Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses) unter Anklage der Schuhmachermeister Carl Pormoll, geboren in Lippich, 42 Jahre alt. Als leitens ter Staatsanwaltschaft bei Beginn der Verhandlung ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt wurde, da durch die öffentliche Verhandlung möglicher Weise die öffentliche Ordnung gefährdet werden könne, protestirte der Angeklagte gegen den Ausschluss mit dem Bedeuten, daß jeder hören könne, was er gesagt habe. Der Gerichtshof verkündete aber den Ausschluss der Öffentlichkeit. Nach Wie eberhöhung der Anklage wurde die Verhandlung behufs Ladung einiger Zeugen vertagt. Wie nachträglich mitgetheilt wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Klagefrist von einem Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt. Denuncirt worden war der Angeklagte durch den Schreiber Hochmuth aus Halle, einen Mann, der früher Polizei-Sergeant gewesen ist.

Gerichtliches.

Grober Unfug. Der „Bauhändler“ hatte in seiner Nummer vom 31. August 1895 einen von dem Vertrauensmann der Berliner Zimmerleute, Theodor Fischer, unterzeichneten Artikel mit der Ueberschrift „Achtung, Zimmerer!“ abgedruckt, worin mitgetheilt wurde, daß laut Beschluß einer öffentlichen Versammlung über jedes namentlich benannte Unternehmen die Strafe verhängt sei, bei diesen Firmen die Arbeit bis zur Beendigung der gehaltenen Forderungen zu ruhen habe und schließlich das Streitbureau und die Arbeitsvermittlung angefordert werden. Es erfolgte wegen dieses Aufrufs die Anklage wegen groben Unfugs gegen Fischer und den Redacteur Rehter. Das Schöffengericht sprach jedoch die Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. In der Verhandlung hat der achte Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin wurde jedoch die Berufung verworfen. Das Gericht erklärte, daß der sachlich gehaltene Artikel den Arbeitsstand des groben Unfugs nicht enthalte, namentlich auch nicht das Publikum, sondern höchstens die darin benannten Bestfirman beunruhigen könne. Die achte Strafkammer hat hiermit zum ersten Mal entschieden, daß Streikaufrufe, sofern sie sachlich gehalten und keine Drohungen enthalten, nicht wegen groben Unfugs zu bestrafen sind. Genoss hat vor einigen Tagen die letzte Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsgemüthe entschieden. Es darf nun mit Frey und Rehter erwartet werden, daß die Staatsanwaltschaft weiterhin keine Anklage wegen groben Unfugs durch Streikaufrufe erhebe.

Schärfste Eisenbahnfahrarten. also öffentliche Unruhen, bei Strafbestrafung bestraft zu werden, ist der Schutzherr Friedrich Schuler von Schulerstraße in Hamburg am 4. Dec. mdr für schuldig gefunden worden. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren Monaten, außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf Jahre aberkannt. Er hatte in zwei Jahren den Versuch gemacht, sechs verschiedene Jagdorte für die Strecke Hamburg-

sch wandersbar. Die „Schiel. Jg.“ bracht in heller Begeisterung das ganze „Gebicht“ ab — 19 Strophen von je 4 Zeilen — aber rührendvoll, wie ich einmal bin, und in der gerechtfertigten Besorgnis, das Ganze könnte dich, lieber Leser, übernehmen, will ich nur drei Strophen des köstlichen Werkes hier wiedergeben, um dir einen schmalen Bissen von der unvergänglich schönen und nicht professionalen Mutter-leitung beizubringen. Höre also die sechste, siebente und achte Entschle diees Gebichts — aber halte dich bei Seiten am Table fest, denn sonst fällt Du runter! Also:

Und der Gott er ist gekommen:
In der Sonnenbrach er sah,
Aus der Nacht entzuckeltem,
Stah er für ein neues Haus.
Das Haus, das er gebaut,
In einem deutschen Sinn,
Der nun auf uns gekommen
Ein Wohlthatkinder bin.
Es hat sich bald bewiesen
Wie weit er gekommen
Wie weit die Wege führen
Von hier nach bald von dem.

Das ist köstlich, nicht wahr? Ja, wahrhaftig, die Geis, er ist gekommen, in der Dummheit bracht er aus — ich schreibe nicht, daß der Gott, der den guten Propheten Schmidt beim „Dichter“ dieses „Gebichts“ kommen ist, in der Einbeziehung zu stehen. Die mehr von diesen wunderbaren Poeten eines Erschauer zu verhalten, verbietet mir, wie gesagt, nicht sowohl der Mann meines Blattes, als ganz besonders die Heftigkeit. Ja, lieber Leser, kommt beim Lesen mit einer Reihe des Herrn Schmidt abe falls eine unüberwindliche Kränkung zum — In der Dummheit der Sinne!

Und noch ist Herr Schmidt noch von einem Einbeziehung übernommen worden sein, der das preisgekönte „Gebicht“ zum Erdbebenkommers „Gebicht“. Die „Schiel. Jg.“ meint richtig, daß das Gedicht preisgekönt, aber nicht preisbewürdigt gewesen ist, es habe von festgesetzten eingegangenen Spenden als das vorzüglichste Gedicht gekrönt und sei deshalb mit dem Preise bedacht worden. Und die „Schiel. Jg.“, die das professionelle Jabelschreien mit maßloser Heftigkeit in ihrem Gebirge abdrückt, führt angesichts der Leistung des preisgekönten Dichters des „Gebichts“ — sein Name, Constantin Jg., sei nicht der Bergheuerer sein sollen — ein maßlos Maßes mit dem unüberwindlichen Schick und hat von der Bekehrung des Geistes ab — und so will auch ich das gewissem Grades gering sein lassen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Magdeburg. Eine Majestätsbeleidigung beging der Tischler und Dienstknecht Konrad Schulze, um die Unzufriedenheit im Gefängnis zu rufen. Schulze ist eine Jahre lang, im Alter von 31 Jahren und des öfteren an Gicht und Jähzorn verheerter. Die Beleidigung beging er einige Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Das Landgericht Magdeburg verurtheilte ihn Todesstrafe zu vier Monaten Gefängnis.

Ein Fall neuer Denunciationsmeldungen kaiserliche Anklage in der Provinz von im Reich.

Der „Schiel. Jg.“ Arbeiterjournal“ in Dresden schreibt: Der große Jahrestag der Gründung des heiligen Reiches Kaiser wurde einem ungenügenden Kollegen abgenommen. Der 23jährige Arbeiter Raden war mit mehreren Leuten in der Straße Friedrichstraße bei der Inspektion des Dienstes an Sonnabend in der Brandenburger Kaserne. Der Herr Kaiser stand sich auch der Uebereile in der Kaiserlichen Kaserne beschäftigt. Raden hat sich auf die Inhaberschaft zu den Herren und trotz den Raden wiederholt das Gespräch abbrechen wollte, doch die Arbeiter wieder zu, da endlich Raden, in seinem Unwille, daß das Gespräch gar keine ordere Fortsetzung nehmen könne, so zu einer ungebührlich beleidigenden Äußerung über den Kaiser hinüberging. Auf diesen Anlaß hat sich die Denuncianten gerufen zu haben, er hätte nicht auf die Worte und solche einen Anklage, der Raden mit ihm der Worte nahm. Dem werden die Denuncianten festgestellt und Raden nicht erfüllen. Der Herr am Sonntag Morgen um 7 Uhr habe ihn im Hof der Kaiserlichen Kaserne zu sehen. Der Denunciant Raden, der so glücklich den Gefängnisstrafe zu zwei Jahren empfangen, ist Hausmann in Halle-Jägerhof Nr. 1. Raden wurde in derselben Nacht in dem Kaiserlichen Hof bei dem Herrn v. Schleierbecker eingehend über den Kaiserlichen Reiches; da auch in der That nicht in der Kaiserlichen Kaserne war nicht an dem Kaiser. Der Kaiser, der gewislich freigegeben und wurde die Kaiserliche Kaserne in dem Kaiserlichen Hof bei dem Herrn v. Schleierbecker eingehend über den Kaiserlichen Reiches; da auch in der That nicht in der Kaiserlichen Kaserne war nicht an dem Kaiser. Der Kaiser, der gewislich freigegeben und wurde die Kaiserliche Kaserne in dem Kaiserlichen Hof bei dem Herrn v. Schleierbecker eingehend über den Kaiserlichen Reiches;

Frankfurt a. M., nachdem er sie gefälligst, zur Fahrt zu benutzen. In seiner Revision gegen das Urtheil bestritt er, das eine solche Karte eine öffentliche Urkunde sei und behauptete, es liege nur Verleumdung vor.

Sonstige eventuelle Lehren v. Stumm, früherer verantwortlicher Redacteur des 'Volkswacht' in Halle, vor dem Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt worden folgender Streitigkeit: 'Achtung, Korbmacher! Die diesige Firma, deren Korbmacher seit mehreren Tagen im Streik stehen, sucht auswärts Arbeiter aufzutreiben. Kein Klassenbewußter Arbeiter wird zum Verräther an den Streikenden werden.'

Ein Privatbeleidigung-Prozess des Herrn v. Stumm gegen den sozialconservativen Pastor Köhliche kam am Donnerstag in Sangerhausen vor dem Amtsgericht zur Verhandlung. Im März 1895 hatte Pastor Köhliche in einem 'offenen Brief' an den Abg. Herrn v. Stumm und Genossen den Standpunkt der Christlich-Socialen Nationalen Richtung dargelegt und dabei die Kampfweise des Herrn v. Stumm gegen die Christlich-Socialen scharf kritisiert.

Das Urtheil lautet, wie schon gemeldet, auf 100 Mk. Geldstrafe. Auch wurde auf Unbrauchbarmachung der Broschüre erkannt.

Gegen sieben Anarchisten hatte Mittwoch die erste Strafkammer des Landgerichts I zu Weita eine Anklage wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen etc. zu verhandeln. Die Anklage richtete sich gegen den Schlosser August Gräs, den Mechaniker Paul Koschmann, die Arbeiter Robert Kettig und Mohl, den Zimmermann Kalbitz, den Arbeiter Karl Sitz und den Drechsler Karl Bendin.

lichen Angeklagten für erwiesene und beantragte Gefängnisstrafen, die von 1 Jahr 3 Monaten (gegen Koschmann) bis auf einige Monate Gefängnis herabgingen. Rechtsanwalt Bieder mußte sich Angesichts des Inhalts der Broschüre auf die Erörterung der juristischen Momente beschränken, nach welcher er zu dem Antrage auf Freisprechung mehrerer Angeklagten gelangte.

Soziales.

Breslau, den 25. Januar 1896

Achtung! Genossen!

Am Sonntag, den 2. Februar, findet eine große Volksversammlung statt in der großen Saale des Livoli, Mendorfstraße. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Wolkowich, wird in seinem Vortrage die gesammten agrarcapitalistischen Pläne, Antrag Kautz, Zucker, Branntwein, Margarinesteuer etc. eingehend behandeln.

Was nun?

Zur Erweiterung des Breslauer Bürgerrechts. Es wird uns geschrieben: 'Das ist der Mann von rechter Seite, bei dem die That nachfolgt dem Worte.' sagt unser altdeutscher Spruchdichter.

Wohl ist der Feind uns an Waffengewalt überlegen, doch auf unserer Seite kämpft das gute Recht, das noch immer, so lange die Welt besteht, jede Achtung und Knechtung überdauert hat und zuguterletzt über seine Bedränger triumphirt hat.

Herr Rechtsanwalt Heilberg hat gemeinsam mit 21 Stadtverordneten einen Antrag gestellt, der unseren Forderungen vollständig entspricht. Ob dieser Antrag Aussicht hat, ganz oder theilweise oder mit Abänderungen zur Annahme zu gelangen, darüber wollen wir vorläufig keine Betrachtungen anstellen, nur beiläufig sei bemerkt, das uns jene Forderung, in der die Anträge Bergmann und Genossen auf Eintragung in die Wählerliste mit einer unsferlich schönen Begründung abgelehnt wurden, klar und deutlich bewiesen hat, wie groß das Wohlwollen ist, das wir Arbeiter bei den Großmogulen des Stadthauses besitzen.

Hierbei machen wir unsere Genossen ganz besonders auf eine aufmerksam: Sollte es Arbeiter geben, die zwar ein Einkommen von 900 Mark beziehen, aber ein geringeres Einkommen versteuern, so haben dieselben nicht zu befürchten, das sie durch Offenbarung ihres wahren Einkommens in eine höhere Einkommenstufe veretzt werden.

niedrigsten zahlen, bei den herrschenden Lohnverhältnissen kaum anzunehmen, und außerdem überlassen die Proletarien das Geschäft der Steuerhinterziehung den Herren Commercialisten Hochheimer und Göttsche.

Das ist vorläufig das erste, was wir zu thun haben. Das Wichtigste kommt später. Wir verlangen, das jeder Mann, der Steuern zahlt, auch das Bürgerrecht genießt und wahlberechtigt ist, und wir bestreiten die Gültigkeit des Gemeindefachgesetzes vom September 1855, wonach die Eintragung des Bürgerrechts von einem Jahreseinkommen von 300 Thalern abhängt.

Wir werden das Stadthaus auch dann nicht erobern, wenn der Gerechtigkeit Schläge geschlagen und sämmtlichen Steuerzahlern das Wahlrecht eingeräumt sein wird. Bei dem herrschenden Wahlsystem wiegt ein dickes Bündel Staatspapiere und Hypothekenbriefe, das irgend einem lehrernen Prozen oder einem Strohschädel angehört, weit mehr, als die Stimmen von hundert arbeitenden und klugen Staatsbürgern.

Der Grobe Unfugs-Paragraphe ist heute wieder einmal zur Anwendung gekommen. Grober Unfug soll verübt sein in folgenden Zeilen, die in Nr. 285 der 'Volkswacht' vom 5. December im Anschluß an einen Bericht aus Bunzlau veröffentlicht wurden: 'Betreffs der Angelegenheit des Gasthofes (folgt Name) wird den Genossen in Erinnerung gebracht, das der gefasste Beschluß noch fernerhin zu beachten ist und noch mit weit größerer Strenge befolgt werden müßte, als es bis jetzt geschah ist.'

Zur Ermordung der Ehe Grofs wird der 'Bresl. M.Zig.' von beunterrichteter Seite mitgetheilt, das die Denunciation gegen den jetzt als Mörder Verdächtigten nicht von dem Bruder desselben ausgegangen ist, sondern das ein Breslauer Kaufmann die Polizei auf die Annäherung mit allem Nachdruck verfolgte Spur gelenkt hat.

Die Beitragsmarken in die Dittungsarten einzukleben ist nach § 109 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes Pflicht der Arbeitgeber. Arbeitgeber kommen ihrer Verpflichtung vielfach in der Weise nach, das sie den Versicherungspflichtigen die Beitragsmarken aushändigen und dieselben das Einkleben überlassen, oder das sie den Versicherungspflichtigen die Hälfte des Wertbetrages des zu verwendenden Betrages auszahlen und diesen das Einkleben der Marken überlassen.

In der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, die am 28. d. Mts. beginnen, wird Landgerichts-Director Dr. Banick den Vorsitz führen. Vorläufig sind folgende Strafaktionen zur Verhandlung angesetzt: Dienstag, den 28. Januar: Arbeiterin Leonore Wiczorek aus Startowice bei Koblenz, Urkundenscheinung, Arbeiter Franz Janke aus Köpelnitz, Verbrechen gegen die Sozialität.

In der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, die am 28. d. Mts. beginnen, wird Landgerichts-Director Dr. Banick den Vorsitz führen. Vorläufig sind folgende Strafaktionen zur Verhandlung angesetzt: Dienstag, den 28. Januar: Arbeiterin Leonore Wiczorek aus Startowice bei Koblenz, Urkundenscheinung, Arbeiter Franz Janke aus Köpelnitz, Verbrechen gegen die Sozialität.

